

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 8. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024-2028)

---

Sitzungsdatum: 19. Februar 2025  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.55 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Stephan Wolf, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Franz Vogt, Präsident  
Andreas Bammatter  
Biljana Grasarevic (entschuldigt)  
Philippe Hofmann  
Christoph Morat (entschuldigt)  
Silvia Stucki  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
Rudolf Spinnler, Jurist  
Mirjam Glarner, Volontärin

Anwesend: Mark Aellen, René Amstutz, Dominik Baumgartner, Lea Blattner, Lea Butscher, Melanie Butz, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Matthieu Dobler Paganoni, Elena Elser, Flavio Fehr, Noëmi Feitsma, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Hanna Kirchhofer, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Anja Oser, Urs Poživil, Corinne Probst, Philipp Reck, Alfred Rellstab, Miriam Schaub, Lucca Schulz, Louis Seifried, Tim Söllick, Florian Spiegel, Romina Stefanizzi, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Iracema Tirant, Jörg Walder, Olivier Waldner, Stephan Wolf

Entschuldigt: Patrick Kneubühler, Laura Neuhaus, Henry Vogt

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 37 Anwesende = 25

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitglieds in die **Sozialhilfebehörde**, anstelle der zurückgetretenen Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.12.2028)  
Wahlvorschlag: Beat Dobler Geschäft 4768
  
2. Wahl eines Mitglieds in die **Sozialhilfebehörde**, anstelle des zurückgetretenen Adrian Pérez, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.12.2028)  
Wahlvorschlag: Romina Stefanizzi Geschäft 4772
  
3. Interpellation von Martin Imoberdorf, SP-Fraktion, vom 10.6.2024, betreffend **Honorare externer Berater für die Exekutive**  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4736 / A
  
4. Interpellation von Flavio Fehr und Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 2.10.2024, betreffend **Betreutes Wohnen in Allschwil**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4756 / A
  
5. Verfahrenspostulat von Matthias Häuptli und Christian Jucker, GLP, vom 8.11.2023, betreffend **Proporzsystem für Kommissionssitze**  
Antrag der KSD: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: KSD-Präsidentin Geschäft 4697
  
6. Motion von Miriam Schaub, Grüne, vom 3.12.2024, betreffend **Förderbeiträge für Einrichtungen der Kinderbetreuung**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4763
  
7. Motion von Christian Jucker, GLP, vom 7.10.2024, betreffend **Transparenz im Stellenplan v2.0: Einbezug privatrechtlicher Anstellungen**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4757
  
8. Motion von Christian Jucker, GLP, vom 1.11.2024, betreffend **Für unabhängige und erfolgreiche Allschwiler Lokalmedien**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4760

#### **Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

---

#### **Für das Protokoll:**

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

## Einwohnerratsprotokoll Nr. 7 vom 19. Februar 2025

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Stephan Wolf

---

### Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

#### [Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

**Stephan Wolf**, Präsident: Liebe Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen. Ich begrüsse euch zur heutigen Einwohnerratssitzung und stelle zunächst fest, dass sich für heute Patrick Kneubühler, Laura Neuhaus, Gemeinderätin Biljana Grasarevic und Gemeinderat Christoph Morat entschuldigt haben. Corinne Probst wird sich um ein paar Minuten verspäten. Gibt es noch weitere Entschuldigungen, Verspätungsmeldungen aus dem Rat? Aha, Nico Jonasch wird auch später eintreffen, wenn ich es richtig verstanden habe. Somit möchte ich Ruedi Spinnler bitten, die Präsenzkontrolle durchzuführen.

Danke vielmals, Ruedi Spinnler für die Präsenzkontrolle. Ich mache sogleich weiter mit den Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten. Ich wurde gebeten, euch mitzuteilen oder euch zu bitten, dass ihr bei euren Voten besser ins Mikrofon sprecht, damit man besser protokollieren kann. Es kam in der Vergangenheit offenbar vor, dass die Tonaufnahmen nur leise waren. Dies erschwert die Erstellung des Protokolls natürlich erheblich. Also, bitte deutlich ins Mikrofon sprechen, wenn ihr das Wort erhalten habt. Dann die übliche Mitteilung: nach der Sitzung bitte den Saal zügig verlassen und sich ins Foyer begeben! Dort kann selbstverständlich weiterdiskutiert werden. Der Hauswart aber ist darauf angewiesen, dass er diesen Saal möglichst bald abschliessen kann, bzw. die Türen werden automatisch geschlossen.

Wir kommen zu den **dringlichen Interpellationen, Postulate** oder **dringlichen Motionen**. Da kann ich es relativ kurzfassen: Es sind bei mir **keine** eingegangen. Allerdings gingen zwei andere **Vorstösse** ein. Nämlich erst einmal das

- Einwohnerratsgeschäft Nr. 4745, **Interpellation** von Matthieu Dobler Paganoni und Iracema Tirant-Hunziker der SP-Fraktion, vom 16. Februar 2025, betreffend **Tagesstruktur und Primarschule in ganz Allschwil**.

Ich möchte die Interpellanten anfragen, ob sie gleich etwas zu ihrer Interpellation sagen möchten. Matthieu Dobler Paganoni schüttelt mit dem Kopf und Iracema Tirant-Hunziker möchte auch nichts sagen.

- Dann habe ich so eben noch eine **Interpellation** hereinbekommen, die noch keine Verfahrensnummer hat. Die ist von Flavio Fehr und Niklaus Morat, ebenfalls der SP-Fraktion, vom 19. Februar 2025, also von heute, betreffend **Betreutes Wohnen II in Allschwil**.

Auch hier frage ich Flavio Fehr und Niklaus Morat an, ob sie zu ihrer Interpellation noch etwas sagen möchten. Beide schütteln den Kopf, das ist nicht der Fall.

Weitere Vorstösse liegen mir nicht vor. Ich möchte sicherheitshalber den Rat anfragen, ob ich einen vergessen habe. Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wir kommen bereits zur **Bereinigung der Traktandenliste**. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste an alle rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es Änderungsanträge zu dieser Traktandenliste gibt, wiederum mit dem rechtlichen Hinweis, dass man gemäss § 68 Abs. 1 des Geschäftsreglements nur die Absetzung oder Verschiebung der Reihenfolge beantragt werden kann. Was nicht möglich ist, sind zusätzliche Traktanden aufzunehmen. Dies lässt unsere Geschäftsordnung nicht zu. Florian Spiegel, bitte!

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende. Wir haben es bei uns in der Fraktion diskutiert. Und zwar geht es uns um das **Traktandum 5**, welches wir gerne absetzen lassen würden. Und zwar aus folgender Überlegung: Dieses Geschäft wurde, bevor wir es im Einwohnerrat behandeln konnten, vom Einwohnerratsbüro an eine Kommission zur Vorberatung zugewiesen. Das ist der Stand, den wir haben. Diese Möglichkeit hat er, und wir haben auch nichts dagegen. Woran wir uns offen gesagt stören oder worüber wir nicht schlüssig sind: Wir bekommen dann durch unsere Fraktionsmitglieder mit, was teilweise besprochen wird, oder wie sich die zuständige Kommission geäussert hat, und teilweise auch, dass darüber abgestimmt wurde, was sie empfehlen sollen. Obwohl es eine Vorberatung ist, liegt uns zu diesem Geschäft von der zuständigen Kommission nichts vor. Was wir auch als falsch erachten, ist, dass die KSD-Präsidentin die Geschäftsvertretung haben soll. Ein Verfahrenspostulat richtet sich unserer Meinung nach klar ans Einwohnerratsbüro. Demzufolge meinen wir auch, dass es das Einwohnerratsbüro wäre, welches eine Empfehlung abgeben sollte, ob es überwiesen oder nicht überwiesen werden sollte. Sehr wohl unter Berücksichtigung der Ausführungen der zuständigen Kommission, das ist alles richtig. Aber ordentlich wäre, dass man einen Entscheid des Büros hätte, denn es ist ein Verfahrenspostulat, welches sich ans Büro richtet. Wenn das Büro zusätzlich auch für den Einwohnerrat, gestützt auf die Beratung der Kommission, noch eine Stellungnahme dazu abgeben möchte, ist es umso hilfreicher. Dass wir heute aber über ein Verfahrenspostulat beraten, zu dem das Einwohnerratsbüro die KSD konsultiert hat, wir aber von dort noch keine wirkliche Rückmeldung erhalten haben, wir aber auch keine Einschätzung des Einwohnerratsbüros haben, würden wir es sehr begrüßen, wenn man es absetzen könnte, damit es seinen ordentlichen Weg nimmt und wir am Schluss eine Stellungnahme des Einwohnerratsbüros haben, woran sich das Verfahrenspostulat richtet. Besten Dank.

**Stephan Wolf**, Präsident: Ich möchte noch darauf hinweisen, dass nach § 53 Abs. 3 über die Geschäftsordnung der Rat ein Verfahrenspostulat entweder an das Büro oder an eine Kommission überweisen kann. Gibt es noch Wortmeldungen zum Antrag von Florian Spiegel? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur **Abstimmung** über diesen Antrag. Wiederum mit dem Hinweis, dass das einfache Mehr reicht, weil die Traktandenliste bis jetzt nicht bereinigt ist. Wer dem **Antrag von Florian Spiegel** zustimmen möchte, möge es bitte mit der gelben oder blauen Karte bezeugen. Bitte Gegenstimmen! Danke vielmals. Schliesslich bitte noch die Enthaltungen! Danke vielmals. Ich möchte die Stimmzähler bitten, mir das Abstimmungsergebnis vorzulegen. Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis zutage gebracht.

**://:**

Sie haben dem **Antrag** von Florian Spiegel bei 20 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen **zugestimmt**.

Somit wird das Traktandum Nr. 5 für heute abgesetzt. Was wiederum zur Folge hat, dass die Traktanden 6, 7 und 8 jeweils eine Nummer tiefer sind.

Gibt es weitere Änderungsanträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass mit der Streichung von Traktandum 5 die **Traktandenliste** im Übrigen **bereinigt** ist.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 1**

Wahl eines Mitglieds in die Sozialhilfebehörde, anstelle der zurückgetretenen Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.12.2028)  
Wahlvorschlag: Beat Dobler, Geschäft 4768

---

**Stephan Wolf**, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag in der Person von Beat Dobler vor. Ich frage den Rat an: Gibt es noch weitere Nominierungen? Das ist nicht der Fall. Dann die zweite Frage: Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Dann gratuliere ich Beat Dobler zur Wahl in die Sozialhilfebehörde.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Wahl eines Mitglieds in die Sozialhilfebehörde, anstelle des zurückgetretenen Adrian Pérez, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.12.2028)  
Wahlvorschlag: Romina Stefanizzi, Geschäft 4772

---

**Stephan Wolf**, Präsident: Als Wahlvorschlag liegt mir hier Romina Stefanizzi vor. Ich frage den Rat an: Gibt es noch andere Nominierungen oder Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Dann die zweite Frage wiederum: Ist die stille Wahl bestritten? Auch das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass Romina Stefanizzi in stiller Wahl in die Sozialhilfebehörde gewählt ist, und ich gratuliere ihr ebenso dazu.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 3**

Interpellation von Martin Imoberdorf, SP-Fraktion, vom 10.6.2024, betreffend Honorare externer Berater für die Exekutive  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4736 / A

---

**Stephan Wolf**, Präsident: Die Rednerreihenfolge würde gemäss § 75 so aussehen, dass zuerst der Interpellant das Wort erhält und anschliessend der Gemeindepräsident Franz Vogt. In diesem Sinne möchte ich Martin Imoberdorf gerne das Wort erteilen. – Ich deute es so, dass dem Gemeindepräsidenten Franz Vogt den Vorzug gegeben wird?

**Martin Imoberdorf**, SP-Fraktion: Genau.

**Stephan Wolf**, Präsident: Gut, dann gebe ich das Wort an Gemeindepräsident Franz Vogt.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Sie haben diese Interpellationsantwort gelesen und insbesondere die Kostenzusammenstellung auf dem Beiblatt angeschaut. Diese gibt Antwort auf die Fragen 1 und 2, weshalb ich diese nun gleich zusammenfassen will. Ich wiederhole sie aber noch einmal:

1. *Weshalb und für welche konkreten internen Abklärungsanliegen hat der Gemeinderat seit 2018 kontinuierlich mehr Mittel in das Gemeindebudget eingestellt?*
2. *Weswegen kam es in den Jahren 2018 bis 2023 zu teilweise exorbitanten Überschreitungen des vom Einwohnerrat abgesetzten Budgets durch den Gemeinderat?*

*Um die Antworten auf die beiden Fragen 1 und 2 nachzuvollziehen, wird um eine Auflistung der verbuchten Ausgaben auf die Position 0120.3132 für die Jahre 2018 bis 2023 gebeten.*

Dies ist die erwähnte Auflistung, die sie bestimmt aufmerksam studiert haben. Unter diese Kosten fällt Verschiedenes wie Mittel für externe Beratungen, für Teambildungen, Arbeit an Leitbildmassnahmen oder Überarbeitung der Ressorts und externe Gutachten und Berichte sowie Anwalts- und Gerichtskosten.

Budgetüberschreitungen haben unterschiedliche Gründe. Erst einmal: Die Kosten sind zwar budgetiert, aber nicht in ausreichender Höhe. Z. B. die Überarbeitung der Ressorts, Neuausrichtung des Bereichs SDG (Soziale Dienste Gesundheit) und im besonderen Mass die bekannte Schulraumplanung. Ein weiterer Punkt ist: Ein Projekt wird vom Gemeinderat beschlossen. Dabei zu nennen ist der Workshop Gemeinderat-Geschäftsleitung im 2019, die neue Ressortbildung im 2020 und die Präzisierung von Leitbildmassnahmen und die Schulraumplanung im Jahr 2022.

Ein weiterer Punkt ist: Ein Projekt wird aufgrund eines Auftrags durch das Parlament oder den Kanton umgesetzt, welches nicht budgetiert war, weil der Auftrag nach der Budgetphase einging. Z. B. Runder Tisch Gemeinderat-Schulrat, dies war im 2023, und die neuen Führungsstrukturen für die Primarschulen auch im 2023.

Ein weiterer Punkt ist: Ein Projekt zeigt sich komplexer als angenommen, und es müssen zusätzliche Abklärungen getroffen werden. Auch hier ist die Schulraumplanung in den Jahren 22/23 das explizite Thema. Wir kommen zur Frage

- 3. Wie rechtfertigt der Gemeinderat gegenüber dem Einwohnerrat, ihren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sowie der Verwaltung die Ausgaben solcher beträchtlichen Summen an Steuergeldern für interne Angelegenheiten, während er gleichzeitig betont, sparsam mit den Steuergeldern umzugehen und in den kommenden Jahren Einsparungen vorzunehmen?*

So weit wie möglich erfüllt der Gemeinderat seine strategischen Aufgaben mit der Unterstützung der eigenen Verwaltungsmitarbeiter. Externe Fachpersonen werden nur beigezogen, wenn es wirklich notwendig ist. Alle spezifischen Fachkompetenzen können wir nicht intern abdecken.

- 4. Welchen konkreten Mehrwert kann der Gemeinderat dem Einwohnerrat für die seit 2018 getätigten Ausgaben in der Höhe von nahezu 450'000 Franken vorlegen?*

Es konnten diverse Projekte vorangetrieben und auch abgeschlossen werden. Nur mit internen Ressourcen hätten die Ziele nicht erreicht werden können.

- 5. Fürs laufende Jahr 2024 hat sich der Gemeinderat 43'000 Franken auf diese Position einstellen lassen. Wie viele Mittel sind davon nach dem ersten Halbjahr bereits ausgegeben worden?*

Die Kosten für zwei Workshops des Gemeinderats sind erst im Dezember angefallen. Das Budget wurde aber deutlich unterschritten.

- 6. Sind diese Position und allgemein die Unterkonti .3132 von der FIREKO in den vergangenen Jahren überprüft worden und welche Empfehlungen wurden von der Prüfungskommission an den Gemeinderat gerichtet?*

Einzelne Belegprüfungen wurden auch bei den erwähnten Unterkonti durchgeführt. Zudem wurden Budgetüberschreitungen in diesem Sachkonto durch die FIREKO überprüft. Sie stellte fest, dass die entsprechenden Gemeinderatsbeschlüsse vorliegen. Teilweise wurden sie allerdings erst im Nachgang gefasst, aber einen Beschluss gab es immer. Sie empfiehlt die konsequente Einhaltung der Kompetenzordnung. Aktuell hat die GPK Auskunft zu den externen Beratungsmandaten verlangt. Sie wird voraussichtlich über die Ergebnisse informieren. Dies wären meine Ausführungen.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Gemeindepräsident Franz Vogt. Bei deiner Begrüssung ist mir mit Schrecken in den Sinn gekommen, dass ich meinerseits bei der Begrüssung den Gemeinderat, die Medienvertreter und das Publikum vergessen habe. Dies möchte ich daher selbstverständlich noch nachholen. Aber jetzt fahren wir weiter und ich gebe das Wort dem Interpellanten, Martin Imoberdorf, für seine Ausführungen und vor allem auch mit der Anfrage, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

**Martin Imoberdorf**, SP-Fraktion: Danke schön. Geschätzter Präsident, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, werter Franz. Ich danke zuerst einmal für die detaillierte Auflistung der Kosten und die Erläuterung, wie sie entstanden sind. Die Antwort löst bei mir eigentlich fast noch mehr Fragen aus. Die Antwort zum Verhältnis Kosten und Nutzen zum Beispiel ist für mich gar nicht beantwortet. Der Mehrwert wurde nicht dargelegt. Es wurde einfach gesagt, Projekte hätten nicht abgeschlossen werden

können. Ich habe die Zahlen nun mal für mich ein wenig zusammengestellt und möchte dazu noch etwas sagen.

Der Gemeinderat erwähnte, dass die FIREKO gewisse Dinge bemängelt und die GPK auch erste Fragen gestellt hat. Ich vertraue darauf, dass dazu noch eine Diskussion stattfindet. Ich habe einfach festgestellt, dass von den gesamthaft 448'000 Franken die PuMaConsult GmbH ungefähr 320'000 Franken eingestellt hat und für die Schulraumplanung, also für die Projektleitung der Schulraumplanung, waren es rund 227'000. Dies ist eine horrende Summe, wenn man bedenkt, dass die internen Kosten dabei überhaupt bislang nicht berücksichtigt sind. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass der Einwohnerrat eigentlich weiss, dass es nämlich bereits eine erste Studie bei Frau Lenggenhager gab. Man hätte ja eigentlich davon ausgehen können, dass man gewisse Dinge auch nutzen kann und nicht einfach auf der komplett grünen Wiese noch einmal beginnt. Wir wissen von euch zwischenzeitlich, dass dem Projekt im Einwohnerrat nicht viel Erfolg beschieden war. Aus meiner Sicht hätte man es mit ein wenig politischer Sensibilität vielleicht bereits im Vorfeld feststellen können.

Ich habe ergänzende Fragen, die sich eigentlich aus der Antwort ergeben. Die Erste wäre: Wie hoch war denn die Basisofferte der Firma PuMaConsult für die Schulraumplanung? Ich weiss nicht, ob diese Frage hier nun 1:1 beantwortet werden kann. Ich stelle sie einfach mal der Reihe nach in den Raum.

Im Weiteren wurde gesagt, dass ein Teil der Kosten erst im Nachhinein durch Gemeinderatsbeschlüsse beschlossen wurde. In diesem Zusammenhang würde mich wundernehmen, wann dem Gemeinderat bewusst geworden ist, dass die Kosten erhöht werden müssen und wer sie kontrolliert hat. Die dritte Frage, wenn man die Höhe der Kosten betrachtet, ist: Ist es eine Regel – ist es noch konform mit der Regel eines Submissionsverfahrens?

Die vierte Frage: Was ist der Mehrwert der Ergebnisse der zweiten Studie gegenüber der Ersten, die ja bereits durchgeführt wurde?

Und eigentlich beinahe die wichtigste Frage ist aus meiner Sicht: Wie kann sichergestellt werden, damit solch horrende Kostensteigerungen künftig einfach besser unter Kontrolle gebracht werden können?

Dies wären die ergänzenden Fragen, die sich für mich aus der Antwort ergeben.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Martin Imoberdorf. Ich schlage vor, dann erteile ich das Wort sogleich wieder dem Gemeindepräsidenten Franz Vogt zur eventuell möglichen Beantwortung dieser Fragen.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Sehr gerne, lieber Martin Imoberdorf gebe ich Auskunft. Tatsächlich horrende Summen. Es war zu Beginn sicher nicht geplant, dass diese so hoch werden, sie haben sich in diesem Sinn so hochgeschaukelt. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass das Auftragsgebergremium alle zwei Monate Sitzung hatte und man immer einen Statusbericht hatte, in welchem die Kosten auch Thema waren und informiert wurde, und dass das Auftragsgebergremium immer Bescheid wusste, was passiert. Die erste Studie von Frau Lenggenhager wurde angesprochen. Leider konnte darüber keinen Konsens erreicht werden. Man merkte auch, dass gewisse Basisarbeit fehlte. Dann wurde man mit dem Schulrat uneinig. Die Idee war, dass man eine Gesamtstrategie vorlegen würde, hinter der alle stehen können. Tatsächlich war der Erfolg im Einwohnerrat leider überschaubar. Ich hätte es mir auf jeden Fall anders gewünscht.

Die KBU und die FIREKO haben nun über eine weitere Sondervorlage in dieser Causa beraten. Ich hoffe, wir kommen da einen Schritt weiter. Gewisse Basisarbeiten wurden allerdings gemacht, die nachhaltig sind, aber natürlich gibt es nichts schönzureden, man lief eine gewisse Zeit lang in eine falsche Richtung. Oder sagen wir, nicht in die Richtung, die der Einwohnerrat goutierte. Er hat nun korrigiert. Es kostete viel Zeit. Das ist natürlich nicht der Gemeinderatsvorwurf an den Einwohnerrat, sondern es ist selbstkritisch so, dass wir erwartet hätten, dass man besser vorankommt. Gerade eben auch in Anbetracht der Summen wäre es eigentlich zu erwarten gewesen, dass wir ein Stück weiter wären. Nun stehen wir hier, wo wir stehen. Jetzt gehen wir vorwärts. Ich werde noch nachliefern, was die Basisofferte war. Es sind dann halt diverse Zusatzaufträge notwendig geworden. Dies trieb die Offerte in die Höhe.

Es gilt, so etwas in Zukunft unter allen Umständen zu vermeiden. Darüber sind wir uns einig. Die Kostenkontrolle muss noch besser sein. Wie erwähnt, es war zwar vorhanden, wir müssen aber klar und selbstkritisch sagen, es muss in Zukunft besser sein. Wenn das Projekt wirklich positiv hätte abgeschlossen werden können, wäre das noch eins. So aber ist es natürlich auch für den Gemeinderat unbefriedigend. Das kann ich so sagen.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Ich gebe das Wort noch einmal an Martin Imoberdorf, auch wieder mit der Anfrage, ob die Antworten nun für ihn zufriedenstellend sind.

**Martin Imoberdorf**, SP-Fraktion: Teils, ja. Danke schön für die durchaus selbstkritische Einschätzung. Die Frage zum Submissionsverfahren möchte ich gerne noch mit auf den Weg geben. Und auch, wie zukünftig sichergestellt werden kann, damit es solche Kostenstellungen nicht mehr gibt. Die Frage auch: Über die laufenden Kosten – ich selbst war im Auftragsgremium – wurden wir meines Wissens nicht orientiert. Aha - über die laufenden Kosten? Du hast gesagt, über die laufenden Kosten und die zu erwartenden Kosten sei man eigentlich immer orientiert gewesen? Dies wäre völlig an mir vorbeigegangen; ich war ja im Auftragsgremium.

**Stephan Wolf**, Präsident: Möchtest du noch einmal etwas dazu sagen, Franz Vogt?

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Ja, gerne. Wie erwähnt. Der Statusbericht war immer im Auftragsgebergremium. Es waren keine Zahlen, die auch mir als Präsident des Steuerungsausschusses nicht vorlagen. Dies war nicht meine Aufgabe. Aber es war klar, dass die Kosten vom Grünen ins Gelbe und dann ins Rote liefen.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Unsere Geschäftsordnung sieht vor, dass jetzt eine Diskussion stattfindet, sofern kein Gegenantrag gestellt wird. Ich frage daher den Rat an: Wird ein Gegenantrag gestellt? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir jetzt zur allgemeinen Beratung, also zuerst die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen und anschliessend der Gesamteinwohnerrat. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die entsprechende Rednerliste zu führen.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine Wortmeldungen. – Entschuldigung, Herr Lucca Schulz!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Nicht als Fraktionssprecher, sondern als Einwohnerrat. Es wurde bei der Beantwortung zu Frage 4 gesagt, dass es in vielen Projekten einen Mehrwert gegeben hat, oder man zu einem Ergebnis gekommen sei. Also, die Schulraumplanung kann wahrscheinlich nicht gemeint sein. Deshalb frage ich mich, was der Mehrwert bei welchen Projekten effektiv war, ob man dazu Ausführungen anbringen kann.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Selbstverständlich. Der Mehrwert, also das Projekt, eine Gesamtstrategie, lag vor. Natürlich müssen wir uns nicht darüber unterhalten, ob sie der Mehrheit gefallen hat oder nicht. Es lag eine sehr detaillierte Gesamtstrategie vor. Auch sonst wurden die meisten Projekte von den hier Erwähnten abgeschlossen und somit war ein Mehrwert vorhanden. Da, wo ich auch stark involviert war, ist das Projekt neue Führungsstrukturen Primarschule, kann man sagen, es war am Schluss kein Mehrwert vorhanden, weil alles beim Alten geblieben ist. Allerdings denke ich, es wurde sehr detailliert aufgearbeitet und man konnte aufzeigen, was die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten sind. Dann wollte der Einwohnerrat verständlicherweise keine Experimente eingehen, weil er zu diesem Zeitpunkt auch im Kontext der Schulraumplanung wahrscheinlich nicht das grösste Vertrauen in den Gemeinderat hatte, das müssen wir auch selbstkritisch und ehrlich sagen. Dennoch war der Vorteil aus Projektsicht der, dass man klare Entscheidungsgrundlagen vorgelegt hatte, und der Einwohnerrat hatte entschieden, und das Geschäft war so weit vom Tisch. Der Entscheid ist ja so schlecht auch wieder nicht. Sonst hätte der Einwohnerrat einen anderen Entscheid gefällt.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Lucca Schulz!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Noch eine zweite Frage, weil dies mir zuvor wirklich sehr sonderbar schien. Es geht um die Kostenübersicht in diesem Auftragsgebergremium. Zuvor erwähnte der Gemeinderat, dass die Kosten von Grün auf Gelb auf Rot liefen und der Schulrat, der auch in diesem Gremium war, auch nichts von den Kosten wusste. Habe ich es nun richtig verstanden – wie hoch die Kosten effektiv waren, hatte niemand im Blick, sondern man hat gesehen, es ist jetzt gelb und es ist demnächst wohl überschritten?

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Franz Vogt!



**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Ja, das ist die Richtung. Also über Zahlen – ich glaube, es ist auch nicht der richtige Ort, an dem man über – wie soll ich sagen – über operative Zahlen berichtet.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: So, ich glaube, jetzt wäre die Diskussion ... – Entschuldigung, Frau Corinne Probst!

**Corinne Probst**, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte es auch gar nicht in die Länge treiben. Die Mitte-Fraktion nimmt die Beantwortung so zur Kenntnis, ist aber Martin Imoberdorf und auch Lucca Schulz für die Ergänzungsfragen dankbar. Es wurden konkrete Fragen gestellt. Die Antworten sind nicht bei allen Dingen unbedingt sehr konkret. Aber wie erwähnt, wir nehmen es zur Kenntnis und in meiner Funktion als GPK-Präsidentin kann ich sagen, ja, wir sind an der Sache dran. Mehr möchte ich eigentlich nicht äussern. Danke.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Franz Vogt und anschliessend Herr Mark Aellen!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Entschuldigung – noch einmal ich. Also der Gemeindeverwalter hat mich gerade darauf hingewiesen, Entschuldigung, der Leiter Gemeindeverwaltung, Patrick Dill, hat darauf hingewiesen, die Kosten seien bei diesem Statusbericht oben ausgewiesen. Ich muss mich entschuldigen, dass ich es ungenau erwähnt habe.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Mark Aellen, Sie haben das Wort.

**Mark Aellen**, Präsident FIREKO: Geschätzte Ratsmitglieder. Nun muss ich als FIREKO-Mitglied doch meinem Unbill Ausdruck verleihen. Dass man hier nun effektiv sagt, man habe jederzeit den Überblick über die Ausgaben gehabt und hat sich erdreistet. Obwohl man jederzeit wusste, ja, wir überschreiten das Budget. Ich bin sehr daran interessiert, dann darüber zu hören, was das Ausgangsbudget dieser Firma war. Danke schön.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Urs Poživil!

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich bin nun auch wegen dieser Kosten ein wenig stutzig geworden, denn ich war auch im Auftragsgebergremium dabei und habe mich gefragt, okay, haben wir da wirklich gar nichts gewusst. Es gab wirklich immer einen Statusbericht und es gab auch eine Ampel. Die stand immer am Anfang. Die war entweder gelb, die war entweder grün oder rot. Darin stehen eigentlich auch die Kosten, die überschritten wurden. Ich bin ein wenig erstaunt, dass der Gemeinderat jetzt nicht sagt, um wie viel man sie überschritten hat, denn es ist auch nicht meine Aufgabe, weil ich es einfach habe. Aber man wusste eigentlich, um die Frage von Mark Aellen zu beantworten, was geplant ist und was ist, ist so. Man hat auch immer gesehen, dass man irgendwann darüber lag. Dies ist Fakt, und auch das Auftraggebergremium wusste es.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Franz Vogt, möchten Sie noch einmal das Wort? Ich zwingen Sie nicht.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Ist schon gut. Genau, ich habe es ja erwähnt, dass man es ... – ich habe es nicht mehr sicher gewusst, ob sie ausgewiesen waren oder nicht. Man hat aber immer gesagt, die Kosten sind überschritten. Wie zuvor erwähnt, sie sind massiv überschritten, da gibt es nichts schönzureden.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: So, ich glaube, jetzt gibt es keine weiteren Wortmeldungen mehr. Somit wäre die Rednerliste erschöpft.

**Stephan Wolf**, Präsident: Besten Dank, Mehmet Can, für das Führen der Rednerliste. Nach § 50 Abs. 5 gilt die Interpellation nach der Beratung als erfüllt. Somit kann ich feststellen, dass wir dieses Geschäft Nr. 4736 / A als erledigt abschreiben können. Es findet keine Abstimmung statt.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 4**

Interpellation von Flavio Fehr und Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 2.10.2024, betreffend Betreutes Wohnen in Allschwil  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4756 / A

---

**Stephan Wolf**, Präsident: Die Rednerreihenfolge sieht so aus, dass zunächst die Interpellanten, Flavio Fehr oder Niklaus Morat, das Wort erhielten und anschliessend Gemeinderat Philippe Hofmann. Wem von den beiden Interpellanten darf ich das Wort erteilen? Niklaus Morat war zuerst, daher gebe ich ihm auch sogleich das Wort.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Vielen Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben die Antworten zu unserer Interpellation durchgelesen und sind so halbwegs zufrieden. Allerdings betrifft es nicht einmal die Antworten, diese sind wahrscheinlich genau und alles, aber wir haben zu wenige Fragen gestellt. Angesichts dessen haben wir heute eine weitere Interpellation eingereicht, ihr habt es zu Beginn kurz gehört, in der noch einmal Fragen zu diesem Thema gestellt werden. Trotzdem möchte ich nun zu dieser Beantwortung ein paar Dinge äussern.

Erstens, wir stellen fest, im Moment bräuchten wir in Allschwil 144 Wohnungen. Wir haben 275 bzw. wir haben noch 3 freie, also 278. Ihr seht bereits, es hat nur drei freie Wohnungen. Wenn es jetzt plötzlich einen Ansturm oder eine Warteliste oder irgendwas gäbe, dann hätten wir ein Problem, denn wir haben sogar diese Wohnungen für betreutes Wohnen, aber keine ist frei. Dann nützt uns das was? Es ist besonders stossend, dass vielleicht in zwei dieser Einrichtungen, also einerseits Langmatte 2 und vor allem ist dabei der Winzerpark zu erwähnen, Wohnungen mit Leuten ausgelastet sind, welche die Anforderungen gar nicht erfüllen. Das Durchschnittsalter im Winzerpark liegt mittlerweile bei 56, zu Beginn war es bei 44, und in der Langmatte 2 liegt das Durchschnittsalter bei nicht ganz 52. Besonders stossend am Winzerpark ist, es benötigt dort zwingend einen Quartierplan. Man kann im Winzerpark nicht einfach etwas nach Zonenreglement bauen, denn das Zonenreglement oder der Zonenplan sagen, dort oben benötigt es dringend einen Quartierplan. Es wäre nicht einmal gebaut worden, wenn man nicht den Quartierplanvertrag abgeschlossen hätte. Dieser Vertrag wird nun seitens der Tomi Hopf-Stiftung in eklatanter Weise gebrochen, das ist sehr stossend. Wobei es eben nicht nur um das Durchschnittsalter geht, sondern auch um die 12 EL-Wohnungen, wovon gerade mal drei tatsächlich an EL-Bezüger vermietet wurden.

Wie erwähnt, möchte ich nun nicht alles genaustens werten. Wir haben eine Zweite eingereicht und dort werde ich wahrscheinlich auch wieder etwas dazu sagen. Vorerst habe ich mal geschlossen. Danke schön.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Niklaus Morat. Ich gebe das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzte Einwohnerräte, geschätzter Präsident. Danke vielmals. Ihnen liegt das Geschäft 4756 vor. Es wurde bereits vorgestellt. Ich habe gedacht, ich darf zuerst sprechen, darum hat nun Niggi bereits ein paar Worte mir zum Mund herausgenommen. Ich habe bereits gehört, auf meine Frage, die ich stellen würde, dass ihr halbwegs zufrieden seid. Ein halb volles Glas ist immerhin halb voll. Das ist schon mal gut. Und wenn es im Zusammenhang mit den gestellten Fragen steht, dann begrüsse ich dies ebenso. Ich habe bereits im Vorfeld angekündigt erhalten, dass eine Interpellation kommt. Es wäre flott gewesen, hätte ich sie noch vor der Sitzung gehabt, dann könnte ich nämlich auch gleich was einfliessen lassen. Das wäre ein gutes Zusammenspiel gewesen. Leider hat es nicht geklappt. Ja, ich bin gespannt, was kommen wird.

Zu den vorhandenen Äusserungen kann ich klar das Ärgernis Winzerpark teilen. Das ist so. Das ist bestimmt nicht im Sinn, wie er sein sollte, und sicher nicht im Sinne des Erfinders. Das ist klar. Das muss man gar nicht schönreden. Auch hier geht es darum, wir stehen in regelmässigem Kontakt mit der Stiftung und wir haben ihnen auch klargemacht, dass das Kriterium Alter wichtig ist und auch bei den EL-Wohnungen. Nun muss man es einfach nur noch umsetzen, denn jemanden einfach aus der Wohnung schmeissen kann man natürlich auch nicht. Das muss man auch sagen. Wir hoffen, dass es sich verbessern wird. Wir werden den Kontakt nicht nur dort, sondern überall weiterhin aufrechterhalten. Das können wir tun. Deshalb freue ich mich jetzt auf die zweite Eingabe, die dann kommt, und hoffe jetzt, dass die Interpellanten trotzdem mit der Beantwortung der Fragen zufrieden sind und dann die andere Hälfte vielleicht beim zweiten Mal erbracht werden kann. Danke schön.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals. Der guten Ordnung halber frage ich den Interpellanten noch einmal an, ob er mit der Antwort zufrieden ist. Niklaus Morat, bitte!

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Danke schön. Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Philippe. Ja, ich bin natürlich mit den Antworten, die jetzt in dieser Interpellation stehen, nicht unzufrieden. Ihr habt euren Job richtig gemacht und alles. Wir haben einfach zu wenig und vielleicht die falschen Fragen gestellt. Deshalb haben wir eine Zweite eingereicht. Alles in allem wird dann eine Gesamtsumme ergeben. Darüber diskutieren wir dann, wenn es so weit ist. Danke schön.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals. Auch hier gilt wieder, dass jetzt eine allgemeine Diskussion stattfinden würde, sofern kein Gegenantrag seitens Einwohnerrat vorliegt. Ich frage den Einwohnerrat deshalb an: Wird ein solcher Gegenantrag gestellt? Das ist nicht der Fall. Dann würden wir nun zur Diskussion kommen. Wiederum zuerst die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und anschließend der Gesamteinwohnerrat. Ich würde wiederum gerne den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste zu führen.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Frau Miriam Schaub!

**Miriam Schaub**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich danke zuerst einmal den zwei Interpellanten, dass sie diese Angelegenheit thematisiert haben. Es ist ein wichtiges Thema, welches man, glaube ich, noch öfter thematisieren und in Allschwil vor allem auch mehr pushen müsste. Ich freue mich auch bereits auf die Interpellation 3.0. Genau. Ich darf noch einmal grundsätzlich zu betreutem Wohnen erwähnen. Das betreute Wohnen ist das neue Altersheim. Heute haben wir Pflegeinstitutionen, in die man geht, wenn man wirklich stark pflegebedürftig ist. Man geht aber nicht mehr ins Altersheim, einfach, weil man nun alleine ist. Das können wir uns nicht mehr leisten, und diese Plätze haben wir nicht. Mehr betreutes Wohnen bedeutet einfach, ist = weniger stationäre Plätze. Bevor wir davon sprechen, ein neues Altersheim zu bauen oder eigentlich ein Pflegeheim zu bauen, müsste man schauen, das betreute Wohnen hochzufahren.

Aus fachlicher Sicht findet man, betreutes Wohnen sollte möglichst zentral sein. Also am besten gleich an einem Dorfplatz, in einem Zentrum oder so, damit die Leute dort auch noch schnell in einen Laden gehen und ihren Cervelat kaufen können, wo sie sich einfach noch ein wenig selbstständig in einem kleinen Rahmen bewegen können. So etwas ist beim Winzerpark sicher nicht der Fall. Auch da hätten wir eigentlich wirklich auch noch bei Quartierplänen die Bitte, dass man wirklich für unser wertvolles Land irgendwie auch Gegenleistungen fordert und auch Gegenleistungen, die man umsetzen kann, und betreutes Wohnen wirklich auch an Orten, die sinnvoll sind.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel, Sie haben sich gemeldet.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Auch von unserer Seite haben wir die Interpellation aufgenommen. Wir können einige Kritikpunkte des Interpellanten auch verstehen. Was wir aber im gesamten Zusammenhang zu bedenken geben, ist, wenn wir z. B. die Stiftung Winzerpark betrachten wo es um den Winzerpark geht, muss man natürlich sehen, als man mit so vielen Wohnungen aufmal an den Markt ging, hatte man natürlich schon die Herausforderung, sie in überschaubarer Zeit füllen zu können. Dies führte auch dazu, dass man nicht nur warten konnte, bis die Leute im entsprechenden Alter waren. Was man auch klar nun mit dem Schnitt, diesem Altersschnitt, was jetzt drinsteht, sieht, ist, dass man aus unserer Sicht einfach aufpassen muss, wenn man die Altersschnitte vergleicht. Das Altersheim hat einen wahnsinnig hohen Schnitt. Es heisst Alters- und Pflegeheim. Wir wissen mittlerweile alle, dass es mehr Pflegeheime als Altersheime gibt, weil die Leute in einem sehr hohen Alter hingehen. Gerade Institutionen wie ein Winzerpark sind dafür notwendig, damit wir Leute in Wohnungen bekommen, die vielleicht altersgerecht sind, die aber nicht zwingend – dies klingt nun etwas hart – den Altersheim-Groove haben. Dies ist es auch, was man berücksichtigen muss.

Auch in Zukunft, mit dem Thema Alter: Wo will man hin, wenn wir Leute, die, sagen wir, ans Pensionsalter kommen oder etwas älter sind, heute in Liegenschaften bringen wollen, wobei sie eben aus ihren Häusern ausziehen? Da hat es im Winzerpark ... da kenne ich persönlich einige, die genau dies getan haben. Die haben diesen Schritt dann aber halt mit 58, 62, 64 sehr bewusst unternommen, auf die Zukunft hin, weil sie in einer Wohnung sind, in der man heute in der Regel mit 60, auch anfangs 70 im Schnitt viel vitaler ist, als man es noch vor 30, 40 Jahren war. D. h. die Leute haben oft ein ganz anderes Bedürfnis für eine Wohnung im Alter, als wir es uns vorstellen. Wer mit 64, 65, 66 diesen Schritt unternimmt, möchte, seien wir ehrlich, nicht in eine Zweizimmerwohnung, in der er von der Küche direkt ins Bad sieht und auch noch gleich ins Schlafzimmer. Dann wechselt er sie nicht. Ich finde,

diesem Punkt muss man noch Rechnung tragen. Dies möchten wir an dieser Stelle anbringen. Soviel zum Inhalt der Interpellation.

Dann erlauben Sie mir noch zur Form der Interpellation etwas zu sagen. Ich habe es, glaube ich, das letzte Mal vor zwei Jahren gesagt, und ich bin immer noch erstaunt, dass die Verwaltung und auch der Gemeinderat es nicht umsetzen können. Ich frage mich wirklich, weshalb es nicht möglich ist. Wenn wir nämlich in der Interpellation lesen, steht am Schluss: «*Gestützt auf diese Ausführung wird die Interpellation als erledigt abgeschlossen.*» So, und der Einwohnerratspräsident erwähnte eben gerade zuvor: *Liegt ein Gegenantrag vor.* Und beides ist formal falsch. Tut mir leid. Im Einwohnerratsreglement steht klar unter § 50 Abs. 5: «*Interpellationen gelten nach ihrer Beratung im Rat als erfüllt.*» Es braucht keine Frage zu einem Antrag, es braucht keinen Antrag des Gemeinderats und es braucht keine Abstimmung darüber. Ich bitte euch doch nun wirklich, dass man nach wiederum zwei Jahren in der Lage ist, dass man diesen Punkt mal ordentlich aufnimmt, das Geschäft traktandiert und wenn es durch ist, dann ist das Geschäft einfach erledigt. Es gibt keine Abstimmung, keinen Antrag, kein gar nichts. Ich bin wirklich überzeugt, dass man es nach zwei Jahren wieder einmal aufnehmen und ordentlich umsetzen könnte. Herzlichen Dank.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Florian Spiegel. Was Abs. 5 von § 50 betrifft, gebe ich dir vollkommen recht. In Abs. 4 steht aber auch im letzten Satz: «*Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt.*» Ich habe mich zuvor ausdrücklich auf die Diskussion bezogen. Ich habe auch im Traktandum zuvor klar gesagt, dass das Geschäft mit der Beratung als erfüllt gilt und deshalb wurde das vorherige Traktandum auch als erledigt abgeschlossen. Genauso würde ich es auch hier tun. Dies nur als Zwischenbemerkung. Dann möchte ich Mehmet Can bitten, sofern es noch Wortmeldungen gibt, die Rednerliste weiterzuführen.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Niggi Morat!

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Schnell ein Wort zu dem, was Florian Spiegel erwähnte. Es geht darum, dass Allschwil intermediäres Angebot machen muss. D. h. Pflegestufe 1 bis 3. Sie wollen vielleicht weiterhin nicht direkt in ein solches betreutes Wohnen, aber falls sie es möchten, muss Allschwil dieses Angebot bieten, dann muss man es umsetzen können. Mit so 275 besetzten Wohnungen, unter anderem mit Leuten im falschen Alter, ist es nicht mehr möglich, dass man dieses Angebot jederzeit aufrechterhalten kann. Aber wie zuvor erwähnt, wir haben noch ein paar Fragen in einer zweiten Interpellation gestellt. Dort wird es sich vielleicht noch ein wenig genauer herauskristalisieren, was es bedeutet.

Was ich noch zum Schluss sagen wollte, ist, Gemeinderat, bitte bleibt hart. Ihr habt mit diesen Leuten Verträge und diese müssen die Verträge einhalten. Stellt euch vor, es spricht sich herum, dass man mit dem Gemeinderat Allschwil machen kann, was man will, wenn man einen Vertrag abgeschlossen hat. Es ist wichtig, dass sich die Stiftungen und die Investoren an die Verträge halten. Es ist kein Naturgesetz, dass die Investoren Geld machen können, sondern wir benötigen betreutes Wohnen, weil es einfach fürs Allgemeinwohl etwas günstiger ist, als die stationäre Behandlung in der Pflege. Vielen Dank.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel zum Zweiten!

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Zu den Ausführungen von vorhin, geschätzter Einwohnerratspräsident: Wenn ich den Anschein erweckt habe, es ginge um Ihren Antrag jetzt, dann hätte das nicht so sein sollen. Aber jetzt präzisiere ich es noch einmal. Du hast am Schluss gleich wortwörtlich noch einmal gesagt, ich habe es bei der Interpellation zuvor erwähnt, dass sie deshalb als erledigt abgeschlossen ist. Das ist genau das, was ich meine. Sie kann nicht abgeschlossen werden. Erfüllungen und Abschreibungen stehen einzig Motionen und Postulaten zugute, steht auch in § 47 so drin. Eine Interpellation kann nicht abgeschlossen werden, sie ist einfach nur erfüllt. Sie muss vom Rat abgeschlossen werden. Das ist genau das, was ich meine. Eben. Wenn es so im Kopf ist, dann ist es der Grund, weshalb wir es nie richtig hinbekommen. Sie wird einfach erfüllt, sie wird nicht abgeschlossen, gar nichts.

**Stephan Wolf**, Präsident: Gut, Danke vielmals. Dies sind nun vielleicht Wortspielereien. Ich habe *erfüllt* und *abgeschlossen* immer als Synonym betrachtet. Da kann man natürlich unterschiedlicher Meinung sein. Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt ... – doch, dann gebe ich das Wort Miriam Schaub und anschliessend bitte ich Mehmet Can, die Rednerliste weiterzuführen.

**Miriam Schaub**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich danke Florian Spiegel für die Ausführungen. Mich stört es auch immer, denn Interpellationen werden wirklich nicht abgeschrieben. Aber ich habe etwas anderes, ich habe zuvor vergessen, es zu erwähnen. Es ist eine Frage, ich erwarte nun aber nicht, dass sie sogleich beantwortet wird. Es wäre aber interessant, bei Gelegenheit wieder mal die Antwort, den aktuellen Stand zu kennen. Die Frage ist: Wie viele Personen, die im Alterszentrum am Bachgraben wohnen, sind in der Pflegestufe 0, 1 und 2? Oder 3 wäre auch noch interessant. Einfach nur schnell zur Information: 0 bedeutet, man hat keine Pflege, null. Pflegestufe 1 heisst, man bekommt pro Tag 0 bis 20 Minuten Pflege. Pflegestufe 2 bedeutet, man erhält 21 bis 40 Minuten Pflege. Einfach zum Sagen. Die Personen – früher war dieser Anteil relativ hoch – gehören eigentlich ins betreute Wohnen und nicht in ein Setting einer Pflegeinstitution. Pflegestufe 3 sind 41 bis 60 Minuten. Auch da bedeutet es immer noch moderater Pflegebedarf oder Unterstützungsbedarf. Es wäre einfach mal wieder eine interessante Frage. Denn genau da ist es, wo die Gemeinde Spielraum hat.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Präsident. Danke schön auch für diese Frage. Die Erwartung ist hoch, ich kann sie aber auch nicht erfüllen. Was ich dazu sagen kann, ist, ich nehme diese Frage selbstverständlich mit, ich werde sie klären. Das Einzige, was ich weiss, was sicher ist: Was wir im APH zum Ziel haben ist, dass dort niemand weiter unten als Pflegestufe 4 sein soll. Das ist eine Zielerklärung, die wir haben möchten. Aber ob es wirklich Personen gibt, die vielleicht auch darunter fallen, weil es sich ja auch mal ändern kann, müsste ich sicher abklären, werde ich machen, nehme ich entgegen, werde entsprechende Antwort erteilen.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend ist auch die Rednerliste erschöpft.

**Stephan Wolf**, Präsident: Gut. Damit stelle ich fest, dass die Interpellation jetzt erfüllt, und jetzt versuche ich, es noch neutraler zu formulieren, und damit das **Geschäft 4756 / A erledigt** ist. Gut so? Prima!

Wir kommen zu Traktandum 5, welches auf Ihrer Traktandenliste noch unter 6 aufgeführt ist.

01.030      Einwohnerrat

**Traktandum 5**

Motion von Miriam Schaub, Grüne, vom 3.12.2024, betreffend  
Förderbeiträge für Einrichtungen der Kinderbetreuung  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4763

---

**Stephan Wolf**, Präsident: In diesem Sinn möchte ich gleich Silvia Stucki das Wort erteilen. – Also fakultativ!

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Ratsmitglieder und Gäste. Wir plädieren ja, wie bereits gesagt, auf Entgegennahme. Selbstverständlich führe ich es aber auch gerne aus. Es ist bekannt, dass der Kanton Basel-Stadt bezüglich der Kitas eine Verbesserung der Betreuungsqualität und auch der Arbeitsbedingungen für das Personal mit seinem Massnahmenpaket per 1.8.24 umgesetzt hat. Bereits im Dezember 24 hat der Gemeinderat den Budgetantrag Lohndelta für familienergänzende Betreuung entgegengenommen und somit zum Ausdruck gebracht, dass er die Kitas unterstützen will. Folge dessen ist er auch bereit, die Motion entgegenzunehmen und den konkreten Umsetzungsvorschlag bezüglich der Förderbeiträge dem Einwohnerrat vorzulegen. Zudem ist auch bekannt, dass der Gemeinderat an der Ausarbeitung des neuen FEB-Reglements ist. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb der Gemeinderat die Entgegennahme der Motion empfiehlt. Besten Dank.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Silvia Stucki. Jetzt sieht § 45 Abs. 3 vor, dass eine Diskussion und Abstimmung nur stattfinden, wenn ein Gegenantrag zur Entgegennahme vorliegt. Ich gebe das Wort an Florian Spiegel.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir erkennen zwar den Handlungsbedarf im FEB-Reglement absolut. Wir sind auch froh, wenn es so ist, dass dieses bearbeitet wird. Wir hoffen auch, dass wir in der Kommission zügig darüber diskutieren können, weil wir alle schon länger wissen, dass es, sagen wir mal, auf nicht grundsoliden Beinen steht. Der Grund, dem wir aber bei diesem Antrag, der nicht so konkret ist, folgen können, ist, weil er den Gemeinderat dazu befähigt, Praktikumsstellen aus dem Stellenschlüssel herauszunehmen. Wir sehen einfach, dass man eben im Kanton oder in den Kantonen und vor allem beim Bund genau diese Systeme begann, einzuführen, dass Praktikumsstellen aus dem ordentlichen Stellenplan draussen sind. Während auch gerade beim Bund oft Stellenetats nicht bewilligt sind, kann man trotzdem eben nebenher für sehr hohe Summen – das hat sich extrem eingeschlichen – solche Praktikumsstellen anstellen, die nirgends auftauchen. Wir sind überzeugt, einer solchen Praxis sollten wir auf der Gemeinde nicht auch die Türen öffnen, damit sie einfach ohne Stellenplan eingeführt werden können. Wir bieten Hand für eine Diskussion, wie man es lösen will, aber nicht einfach, Praktikumsstellen ausserhalb eines Stellenplans genehmigen zu können. Da sind wir der Meinung, zeigt man es auf zwei, drei Stufen weiter oben, wie es ausarten und passieren kann. Aus diesem Grund können wir diesem Antrag so nicht zustimmen.

**Stephan Wolf**, Präsident: Dann findet jetzt nach § 45 Abs. 3 eine Beratung zu diesem Geschäft statt. Die Rednerreihenfolge würde ich wieder an § 75 anlehnen, dass also zuerst Miriam Schaub das Wort erhält, anschliessend die Gemeinderätin Silvia Stucki, bevor dann die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und anschliessend der Gesamteinwohnerrat zum Zug kommt. In diesem Sinn möchte ich das Wort gerne Miriam Schaub erteilen.

**Miriam Schaub**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich freue mich, dass ich noch ein paar Worte dazu sagen kann. Ich möchte dem Gemeinderat auch noch für die Entgegennahme danken, denn dies zeigt auch, dass er erkannt hat, dass es wirklich ein Thema ist. Der Markt an Fachpersonen, sog. FABE, ist extrem ausgetrocknet. Die Situation gilt für Kitas als kritisch. Insbesondere wenn jemand kündigt, ist es sehr schwierig bis fast unmöglich, die Stelle wieder zu besetzen. Ich habe wirklich mit Kitas gesprochen, ich habe mit dem Kanton gesprochen, mehrmals, lange, mit unterschiedlichen Personen. Es ist wirklich ein Problem. Ich glaube, in Allschwil ist es nun noch ein grösseres Problem als vielleicht in Ormalingen oder einfach dort, wo man vom Kanton Basel-Stadt weiter weg ist. Denn die neuen Regelungen im Kanton Basel-Stadt haben wirklich noch einmal wie ein Katalysator gewirkt und haben das Thema, die ganze Problematik verschlimmert. Ich glaube, es ist uns klar, es ist nicht möglich, dass Allschwil mit den Löhnen und auch mit den Bedingungen von Basel-Stadt mithalten kann.

Was wir aber unternehmen können: Wir können schauen, dass wir so gut es geht gute Arbeitsbedingen fördern. Ich habe z. B. das Dokument des Kantons Basel-Landschaft, worin es heisst: «*Wie gründe und führe ich erfolgreich eine Kita?*». Eigentlich sind es Grundlagen für die Bewilligung für eine Kita. Es sind einfach die Bewilligungsvoraussetzungen drin. Darin sind eben genau diese Punkte ausgeführt. Z. B. die Möglichkeiten zur regelmässigen Weiterbildung von allen Mitarbeitenden. Dies wirkt sich positiv auf die Motivation und auch auf die Betreuungsqualität aus. Ebenfalls die Möglichkeit zum regelmässigen Austausch in Teamsitzungen ist bedeutungsvoll. Dies zitiere ich aus diesem Dokument. Genau diese Punkte können die Kitas oft nicht über den Tarif abrechnen.

Ich habe mich erkundigt, was den Kitas helfen würde. Gemäss der Fachstelle des Kantons, also das ist ein AKJBS-Amt für Kind-, Jugend- und Behindertenangebote, wären es pauschale Objektbeiträge. Diese würden ihnen am meisten helfen, denn sie ermöglichen ein wenig ein Polster anzulegen und helfen beim Kalkulieren.

Ich finde aber, einfach Geld zu verteilen, ohne an Kriterien zu knüpfen, birgt auch Gefahren. Man kann es auch Giesskanne nennen. Deshalb kam mir die Idee ... – nein, ich sage es anders: Gemäss Kanton sind Qualitätsbeiträge die zweitbeste Option aus Sicht der Kitas. Damit kann eben ein attraktives Arbeitsumfeld gefördert werden. Die Kitas können, wie ich bereits erwähnt habe, Teamentwicklung, Weiterbildungen nicht über die Tarife abdecken. Und so, mit dem, was ich hier vorschlage, würde man genau diese Kitas belohnen, die sich eben bemühen.

Mit dieser Motion geht es vor allem um die Schaffung einer Rechtsgrundlage. Ich habe gesagt, ich fordere und ich rege eine «*Kann-Formulierung*» an. Damit man die Möglichkeit hat, wenn man es für sinnvoll oder wichtig erachtet, solche Objektbeiträge sprechen kann. Aber ich rege an, dass man sie an Kriterien geknüpft. Ich habe bewusst versucht, den Antrag offen zu formulieren, und dass man Qualitätsbeiträge für den Nachweis haben kann, dass man Praktikanten eben nicht zum Stellenschlüssel zählt, aber man auch sonst Massnahmen und Projekte vornehmen, oder der Qualitätssicherung oder der

Qualitätsentwicklung oder auch der Innovationsförderung dienen kann. Wenn nun halt jemand unbedingt an diesem Praktikantensystem festhalten will, hat die Kita immer noch die Möglichkeit, sich etwas anderes auszudenken.

Jetzt noch etwas zum Stellenschlüssel der Praktikanten. Wirklich noch einmal: Das AKJB empfiehlt, Praktikanten ausserhalb des Stellenschlüssels einzusetzen. Sie betonen ebenfalls, dass diese ein Anrecht auf fachliche Begleitung haben. Es sind nicht nur einfach billige Arbeitskräfte. Und vielleicht, ich weiss nicht, ob ihr auch schon gehört habt, es gibt Praktikanten, die mehr als ein Jahr angestellt sind, sie machen mehrere Praktika. Ich weiss nicht, sind es dann eher bereits billige Arbeitskräfte oder ist das noch Ausbildung?

Im Weiteren muss man auch sehen: Es gibt noch mehr Druck. Wenn die Praktikanten also zum Stellenschlüssel gezählt werden, also bei Kindern, die bereits etwas älter sind, hat man quasi eine ausgebildete Person pro sechs Kinder, und für sechs bis zwölf Kinder benötigt es eine weitere Person. Dies kann eine Praktikantin oder ein Praktikant sein. Dann trägt die ausgebildete Person, die FABE, noch mehr Verantwortung. Die muss dann schauen, ist quasi verantwortlich für die zwölf Kinder plus noch für einen Praktikanten. Das ist das Problem. Dies ergibt noch mehr Druck auf die Fachpersonen. Deshalb finde ich es eigentlich nicht korrekt, dass man sie hinzuzählt.

Vielleicht noch einen weiteren Hinweis: Ich habe die zuständige Fachperson beim Kanton gefragt, ob es auch was bringt, das FEB-Reglement bereits jetzt auf Gemeindeebene zu revidieren, wenn die Revision vom kantonalen Gesetz ohnehin kommt. Ich habe mir diese Frage gestellt. Und sie haben mir geantwortet: Ja, unbedingt, denn es benötigt auch zukünftig ein Gemeindereglement. Und auch wenn der Kanton in Zukunft Beiträge sprechen würde, haben die Gemeinden noch immer eine bedeutungsvolle Rolle. Und vor allem eine gute Basis im eigenen FEB-Reglement würde sich auf jeden Fall lohnen. Nun hoffe ich, dass, wie in Aussicht gestellt, das FEB-Reglement auch wirklich zeitnah kommt, und man es dann gleich aufnehmen könnte. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Miriam Schaub. Dann würde ich das Wort jetzt noch einmal Gemeinderätin Silvia Stucki geben.

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Vielen Dank. Gerne nehme ich noch kurz Stellung. Ich möchte mich nicht wiederholen. Es wurde viel gesagt. Aber was klar ist, es ist mir ein Anliegen, dass Sie es hören: Dass die Arbeitsbedingungen und Betreuungsqualität für eine Gemeinde wie Allschwil wichtig sind, ist mir bewusst. Selbstverständlich nehme ich dies mit in die Bearbeitung des FEB-Reglements. Qualitätsbeiträge, da schliesse ich mich an – wobei dies meine Haltung ist, meine persönliche Haltung ist – möchte ich sicher auch nicht einfach ein Giesskannenprinzip unterstützen. Was ich ebenfalls höre, und dies höre ich mehrfach, auch für Praktikanten erachte ich es als wichtig und richtig, dass sie faire Anstellungsbedingungen haben. Es kann nicht sein, dass ihnen im Anschluss an ein Praktikum keine Lehrstelle angeboten wird. Weshalb? Es ist nicht einfach nur, weil es nicht so lässig für sie ist, sondern wir verlieren auf diese Weise die jungen Menschen wieder, die Freude an diesem Beruf haben und weiterkommen wollen. Wenn sie aber merken, dass sie keine Aussicht auf eine Lehrstelle haben, werden sie sich zwangsläufig umorientieren. In diesem Sinn möchte ich auch erwähnen, dass ich dies gehört habe und es selbstverständlich auch gerne in die Diskussion mit Ihnen zum neuen FEB-Reglement trage. Besten Dank.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Silvia Stucki. Dann kämen wir jetzt zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern und anschliessend zum Gesamteinwohnerrat. In diesem Sinn möchte ich den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste zu führen.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Ich sehe Frau Corinne Probst. Grundsätzlich würde ich dafür plädieren, dass man nicht zu sehr ausschweift. Die Gemeinderätin bzw. der Gemeinderat ist eigentlich dafür, dass man es entgegennimmt. Entsprechend bleiben wir doch sachlich und nicht ausschweifend, damit es nicht unnötig Zeit in Anspruch nimmt. Danke schön. Frau Corinne Probst, Sie haben das Wort.

**Corinne Probst**, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich kann dich, Mehmet, beruhigen, wir machen es ganz kurz. Ich wollte nur sagen, dass die Mitte-Fraktion auch dafür ist, dass die Motion überwiesen wird, weil wir überzeugt sind, dass solche Beiträge wirklich eine rechtliche Grundlage benötigen, dass wir auch kein Giesskannenprinzip wollen. Wir finden, es ist relativ offen formuliert, es ist halt eine Kann-Formulierung. Dies kann je nachdem auch ein wenig

problematisch sein, wenn man es dann auslegt und wie das Ermessen gehandhabt wird. So weit sind wir ja bislang nicht. Danke.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Simon Trinkler, haben Sie sich zuvor zu Wort gemeldet? Nicht. In diesem Fall Herr Lucca Schulz! – Entschuldigung, Frau Noëmi Feitsma!

**Noëmi Feitsma**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wie sehr systemrelevant Kinderbetreuungseinrichtungen sind, glaube ich, wissen mittlerweile hier alle. Deshalb möchte ich jetzt auch nicht alles zu gross ausführen. Wie stark unter Druck Kinderbetreuungseinrichtungen stehen, wissen vielleicht bisher nicht alle. Es besteht auf jeden Fall speziell in Allschwil ein starker Druck, dies haben Gespräche ergeben. Wir haben in Allschwil auch eine grosse Gruppe von Expats, die leider nicht die Luxuslösung von Grosseltern in der Nähe haben. Diese wohnen meistens weit weg in anderen Regionen, deshalb sind berufstätige Personen wirklich darauf angewiesen, dass wir Kinderbetreuungseinrichtungen haben, die auch eine hohe Qualität aufweisen. Denn vielleicht mag es den einen oder anderen überraschen, Eltern haben nun mal einen sehr hohen Qualitätsanspruch, wenn es darum geht, dass ihre eigenen Kinder extern betreut werden müssen.

Nun ist es so, dass wir bereits in der Novembersitzung über Kitas gesprochen haben, und ich von Corinne Probst gehört habe, dass sogar die Stiftung Tagesheime momentan ohne Praktikanten schon ziemlich verloren wäre, und, obwohl Praktikanten eigentlich zum Lernen in den Kitas sein sollten, sie nicht als günstige Arbeitskräfte zählen sollten. Deshalb finde ich den Vorstoss von Miriam Schaub eine sehr elegante Lösung, um den Druck auf den Kitas etwas wegnehmen zu können, damit man es eben nicht mehr tun muss. Es wird eine Rechtsgrundlage geschaffen, damit man, wenn nötig, den Kitas unter die Arme greifen kann. Gleichzeitig wird nicht, wie Florian Spiegel zuvor behauptet hat, der Gemeinderat dazu gezwungen, Richtlinien zu erstellen, dass die Praktikanten nicht zum Betreuungsschlüssel gezählt werden sollen, sondern es ist eine klare Kann-Formulierung. Dies finde ich sehr elegant. Auch, dass sehr offen formuliert wird, für welche Massnahmen der Qualitätssicherung die Förderbeiträge dann gesprochen werden sollen, finde ich eine tolle Lösung. Es wird keine Kita gezwungen, Praktikanten nicht zum Betreuungsschlüssel zu rechnen, obwohl ich es als berufstätige Mutter empfehlen würde, denn es ist wirklich nicht die Betreuungsqualität, die ich mir für meine Kinder wünschen würde.

Ich finde diesen Vorstoss deswegen eine sehr sinnvolle Ergänzung zum FEB-Reglement und bitte auch im Namen der SP-Fraktion um Überweisung dieser Motion.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Urs Poživil, Sie haben das Wort.

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Wir von der FDP-Fraktion sind etwas geteilter Meinung. Ein Teil ist für die Entgegennahme, ein Teil ist für Nichtentgegennahme. Wir denken, es ist eine Lösung, es ist irgendwie ... – ja, es ist nicht das Gelbe vom Ei, wenn ich es mal so sagen darf. Es zeigt einfach wieder einmal wirklich auf, und es ist wirklich langsam ein Dauerbrenner, dass man nun unbedingt an diesem FEB-Reglement etwas machen muss. Die Frage, die ich mir eigentlich immer wieder stelle, wenn wir eigentlich über das ganze FEB-Reglement sprechen und diskutieren: Was ist so absolut immens komplex an diesem Reglement, dass wir hier jetzt schon seit Jahren – also ich wüsste jetzt tatsächlich nicht einmal die Anzahl Jahre, es werden wahrscheinlich sieben Jahre sein – daran herumdoktern? Ich glaube, jemand, der eine Doktorarbeit schreibt, hat auch seine Zeitvorgabe, zwei, drei Jahre, irgend so etwas – vier Jahre, gut, man lernt auch vier Jahre, ich weiss es nicht, ich habe keinen Dokortitel, ich habe ihn leider nicht – man hat doch eine Vorgabe und zum grössten Teil kommen absolut tolle Würfe, richtig gute Arbeiten raus.

Ich frage mich einfach, was genau, wo es beim FEB-Reglement hockt. Mir ist schon bewusst, man hat es während der Schulraumplanung sistiert. Rückblickend war dies ein brutaler Fehler, ein riesiger Fehler, den man gemacht hat. Aber es kann doch nicht sein, dass es einfach irgendwo auf der Strecke hängen bleibt und nichts geschieht, und wir jedes Mal immer wieder darüber diskutieren: Ja wir benötigen das FEB-Reglement, ja, man benötigt das FEB-Reglement, dann irgendwelche Kompromisse finden, mit denen wir versuchen, das Ganze zu lösen. Ich glaube wirklich, wir müssen mal beim Kern, bei der Fragenstellung, was genau denn das wahnsinnig Schwierige an diesem FEB-Reglement ist, ansetzen. Wo genau hockt es? Dies sind die Fragen, die wir einfach mal auf den Tisch legen sollten und sagen, hey, das ist das Problem, deshalb kommen wir nicht vorwärts. Und eben, wie bereits erwähnt, die FDP-Fraktion ist geteilter Meinung. Merci vielmals.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Simon Trinkler, ich glaube, Sie haben jetzt das Wort.



**Simon Trinkler**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen. Die Fraktion EVP/GLP/Grüne unterstützt die Entgegennahme selbstverständlich. Noëmi hat es zuvor schön formuliert, es sollte eine Unterstützung bieten. Miriam hat aus fachlicher Sicht gut aufgezeigt, weshalb es sie benötigt. Was wir nun eigentlich wollen, ist, dass es als Teil der FEB-Revision enthalten ist und Teile dieser Gesamtsicht einbezogen werden sollten. Natürlich sollte es auch ein Stück weit auch den Druck schaffen, damit das Reglement bald kommt. Danke vielmals.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel, ich gebe das Wort zuerst einmal an Silvia Stucki, und danach kommen Sie an die Reihe.

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Vielen Dank. Zu dieser Frage von Urs Poživil. Selbstverständlich kann ich verstehen, dass man von aussen findet, es brennt unter den Nägeln und was so kompliziert ist. Zuerst muss ich einfach mal noch zurückblicken. Das FEB-Reglement lag fertig vor. Es wurde sogar bereits in die Kommission überwiesen. Dann hat man es wegen der Schulraumplanung gestoppt. Dies ist der Grund, weshalb nichts mehr lief. Es wäre also schon längstens vorhanden. Zurückschauen, das wissen wir, ändert überhaupt nichts. Betrachten wir es doch einfach als Chance, dass wir es noch einmal neu auflegen können. Dabei hat es tatsächlich Chancen. Inzwischen sind viele politische Geschäfte eingetroffen, die z. B. von Chancengleichheit für Tagesstrukturen sprechen, schaut doch, dass es überall Tagesstrukturen gibt. Inzwischen wissen Sie, dass z. B. auch in den Tagesstrukturen neue Module eingeführt wurden, auch dabei hat man Erfahrungen gesammelt, dies sind auch Gründe. Ich hoffe, Sie können mir recht geben, dass, wenn wir jetzt schon mal ein neues FEB-Reglement vorlegen, dass wir genau diese Fragen, weil sich die Zeit ja weiterentwickelt hat, nun eben neue hereinkommen. Zudem wurde auch das Massnahmenpaket überwiesen. Auch dies hat eben, z. B. wie wir gerade zuvor darüber gesprochen haben, die Problematik der Praktikanten aufleben lassen. Dies ist der Grund. Es war nicht brutal kompliziert, es gab jetzt einfach mehr hinzu. Und wenn wir es jetzt neu machen, ist doch klar, dass wir es jetzt mit dem neuesten Wissensstand erarbeiten. Dies wurde damals nicht berücksichtigt. So gesehen finde ich, ist es eine Chance. Wie erwähnt, ich habe gesagt, ich möchte es bereits vor den Sommerferien in die Kommissionen geben. Wir arbeiten mit Hochdruck daran. Es ist aber manchmal so, je mehr Fragen sich auftun, umso mehr Zeit benötigt es, sie zu klären. Gleichwohl halten wir immer noch daran fest, dass wir es vor den Sommerferien der Kommission übergeben wollen. Besten Dank.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel, Sie haben das Wort.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. An Noëmi Feitsma gerichtet. Man kann natürlich schon sehr steil einfahren und dem Gegenüber unterstellen, er würde Dinge behaupten. Das kann man, das funktioniert auch. Politiker behaupten öfter etwas. Dann aber finde ich, sollte schon selbst den Anspruch haben, dass man zuvor richtig zugehört hat und auch wieder richtig wiedergibt. Der Betreuungsschlüssel legt fest, für welche Anzahl Kinder wie viele Betreuungspersonen in der unmittelbaren pädagogischen Arbeit wenigstens zur Verfügung stehen müssen. Richtig. Nur, habe ich irgendetwas zum Betreuungsschlüssel erwähnt? Kein Wort zum Betreuungsschlüssel. Ich habe von Stellenprozent, vom Stellenschlüssel gesprochen. Der Betreuungsschlüssel ist, das habe ich eben gerade gelesen, eine Bewertung, wie viele betreuen. Ich habe über den Stellenschlüssel gesprochen, wie er in der Vorlage formuliert ist. Dort geht es darum, wo man die Leute für die Finanzierung dieser Stelle einrechnet. Ich bitte schon, und deshalb auch fürs Protokoll, dass man schon das wiedergibt, was ich gesagt habe. Zum Betreuungsschlüssel habe ich mit keinem Satz was gesagt. Und ja, man sollte vielleicht den Unterschied zwischen diesen zwei Dingen kennen.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Nico Jonasch!

**Nico Jonasch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eigentlich hat sich meine Frage aus der Antwort von vorhin bereits erledigt. Trotzdem möchte ich mit auf den Weg geben: Wenn es ja bereits geschrieben ist, und es nur noch einzelne Anpassungen benötigt, verstehe ich nicht, weshalb man so lange warten muss und immer wieder zur Frage kommt. Wenn man mit Hochdruck daran arbeitet, dann muss doch mal etwas vorhanden sein. Das ist es, was ich in die Runde gebe, aber keine Antwort darauf haben muss.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Frau Corinne Probst!

**Corinne Probst**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Ich möchte es wirklich nicht in die Länge treiben, aber Noëmi, einfach auch fürs Protokoll möchte ich klar und deutlich festhalten, dass ich nie gesagt habe, dass die Stiftung Tagesheime ohne Praktikanten verloren wäre. Die Stiftung Tagesheim hält

sich klar an die kantonalen Vorgaben, und Praktikanten können im Moment noch in einem Betreuungsschlüssel angerechnet werden. Sie haben in jeder der einzelnen Kitas der Stiftung Tagesheim genug Fachpersonal. Die Qualität ist nicht in Gefahr und war nie in Gefahr. – Nein, ist sie nicht, Noëmi, sonst würde, glaube ich, der Kanton vor der Türe stehen. Ich möchte es einfach korrigiert haben, oder resp. einfach jetzt im Protokoll drin haben, sie wäre nicht verloren. Aber, wenn man es jetzt einfach von heute auf morgen ändern würde, dann müsste man neues Fachpersonal finden, dann müsste man die Elternbeiträge erhöhen, weil man es dann nämlich nicht mehr ganz so leisten könnte.

Ein Stück weit muss ich schon auch sagen: Man hört immer Qualität, Qualität, Qualität, die Eltern wollen ihre Kinder in einer Kita nur von qualitativ hochstehendem Fachpersonal betreuen lassen. Ja, ist fair enough, das möchte ich auch. Wenn mein Kind in einer Kita ist, möchte ich, dass es dort fähige Leute gibt, die auch vielleicht noch einen Hintergrund, eine pädagogische Ausbildung haben. Das muss aber nicht durchgehend sein. Denn, sind wir mal ganz ehrlich: Welche Eltern haben eine pädagogische Fachausbildung? Es gibt ganz viele Leute auf dieser Welt, die Kinder in die Welt setzen und viel mit den Kindern zusammen sind, die wahrscheinlich nicht unbedingt so wahnsinnig dafür geeignet sind. Dass man dann immer einen solch riesigen Aufruhr macht, weil eine Kita nicht durchwegs Fachpersonal hat, finde ich auch schwierig. Die Kitas von der Stiftung Tagesheim haben Fachpersonal, sie haben auch Praktikanten. Gegenwärtig ist es so, dass die Vorgaben des Kantons mehr als genügend erfüllt werden. Danke.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Christian Jucker, Sie haben das Wort.

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich habe eine einfache Frage, ich glaube, ich habe entweder nicht richtig zugehört oder es zuvor von Silvia nicht ganz verstanden. Wäre die Erledigung dieser Motion ausschliesslich im Rahmen der Revision des FEB-Reglements oder ist der Plan, diese Motion separat zu erfüllen? Der Hintergrund für mich ist: Die Motion punktuell einfach zu implementieren, sähe ich als nicht sinngemäss, denn dies wäre dann wieder nur eine Einzelsicht, während es im Rahmen der FEB-Revision unbedingt Sinn macht. Danke schön.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Frau Silvia Stucki, Sie haben das Wort.

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Vielen Dank für diese Frage. Selbstverständlich machen wir es im gesamten FEB-Reglement. Es geht schon gar nicht rein von der Timeline her. Ich muss dir nicht erklären, wie lange es geht, bis dann der Bericht geschrieben ist etc. Deshalb, nein, selbstverständlich nehmen wir es in diesem Rahmen auf. Vielen Dank für die Nachfrage.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend wäre die Rednerliste erschöpft.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Mehmet Can. Somit kämen wir jetzt zur **Abstimmung**. Wer die **Motion** von Miriam Schaub vom 3.12.24, betreffend **Förderbeiträge für Einrichtungen der Kinderbetreuung**, überweisen möchte, der möge es bitte jetzt mit der Karte bezeugen. Wer die Motion nicht überweisen möchte, bitte jetzt die Karte erheben! Enthaltungen? Danke vielmals. Ich möchte die Stimmzähler bitten, mir das Ergebnis nach vorn zu bringen. Das Abstimmungsergebnis liegt vor.

**://:**

Sie haben diese **Motion** bei 29 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen **überwiesen**.

Bevor wir mit der Traktandenliste weiterfahren, würde ich vorschlagen, dass wir jetzt eine Viertelstunde Pause machen und um Viertel vor acht dementsprechend mit der Sitzung fortfahren.

PAUSE

**Stephan Wolf**, Präsident: Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, ich möchte euch wie auch den Gemeinderat bitten, Platz zu nehmen, damit wir mit der Sitzung weiterfahren können. Wenn wir nun wieder alle versammelt sind, würde ich gerne mit der Sitzung fortfahren. Zunächst mit dem

### INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Ich frage den Gemeinderat an: Gibt es Informationen für den Einwohnerrat? Allgemeines Kopfschütteln. Somit wäre das Info-Fenster bereits beantwortet. Dann hat mich Florian Spiegel noch gebeten, ihm das Wort zu erteilen. Bitte schön!

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende. Urs Poživil und ich haben darum gebeten, dass wir noch die Möglichkeit erhalten, nachdem sich das letzte Mal der Gemeinderat zur Stimmrechtsbeschwerde bereits dazu äussern konnte. Und zwar aus dem folgenden Grund: aus dem Grund des Gesagten und auch aus dem Grund von dem, was so in den vergangenen Wochen seit dem Entscheid zum Teil so halböffentlich und zum Teil auch ein wenig öffentlich kommuniziert wurde, und wir eigentlich sehen, dass wir uns sehr fair verhalten haben, aber gleichwohl sehr anständig, aber gleichwohl gerne zwei, drei Punkte dem Gemeinderat mitgeben möchten, wüber wir schon ein wenig eine andere Meinung haben, wie hier geäussert wird. Der Punkt, den wir festhalten möchten, oder Punkte, die wir festhalten wollen, sind, dass die Stimmrechtsbeschwerde in mindestens einem Punkt gutgeheissen wurde. In einem Punkt hat man gesagt, dass das, was eingegeben wurde, richtig ist. Auf den zweiten Punkt, das ist das, was uns ein wenig stört, ist, dass man nun so tut, als hätten wir etwas völlig aus der Luft gegriffen und es anscheinend auch so kommuniziert wird, und man auch gesagt hat, es bestehe nirgends ein Problem, müssen wir schon sagen, wenn man nun so tut, als hätten wir es aus der Luft gegriffen und uns damit auseinandergesetzt, ist es schon nicht ganz richtig.

Der zweite Teil, den wir moniert haben, und es geht uns ja vor allem darum, wie man in die Zukunft blicken will, der zweite Teil, bei diesem Punkt kam es nicht zu einer Entscheidung, und zwar ausschliesslich deshalb, weil der Regierungsrat nicht darauf eingetreten ist. Er ist nicht darauf eingetreten. Er hat aber nicht gesagt, wie es zum Teil kommuniziert wird, dass es richtig gemacht wurde. Er ist nicht auf den Punkt eingetreten. Er führt auf zwei A4-Seiten aus, weshalb. Abgekürzt kann man sagen, dass er sagt, und das ist auch richtig, dies wussten wir nicht, dass nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung wir drei Tage nach dem Urnengang, also nicht drei Tage nach dem Urnengang, sondern schon drei Tage nach der Veröffentlichung der Abstimmungsunterlagen wir es hätten monieren müssten. Urs und ich sind davon ausgegangen, dass aufgrund unserer Gesetzgebung, die sagt, drei Tage nach der Veröffentlichung, auch dieser Teil moniert werden müsste, dies haben wir nicht gewusst, da wurden wir eines Besseren belehrt, wir wissen es. Dies ist der Grund, weshalb er da nicht darauf eingetreten ist.

Was man aber auch sagen muss, das wird einfach ausgeklammert, der Regierungsrat sagt trotzdem am Schluss noch, obwohl er nicht darauf eingetreten ist, und darauf wird der Vollständigkeit halber auch darauf hingewiesen – Also, er sagt dies, Vollständigkeitshalber wird aber darauf hingewiesen, ob nicht nur die Abstimmungsfrage aufzuführen sei, das ist genau das, was wir moniert haben, und verweist auf die kantonale Praxis, die eben grundsätzlich nur eine Form oder besser gesagt nur eine einzige Frage drin lässt. Es ist genau das, wo wir hinwollten. Obwohl er nicht darauf eingetreten ist, sagt er aber trotzdem, man soll doch bitte schön diesen Punkt betrachten und dort eigentlich eine Lösung finden, damit es nicht mehr zustande kommt.

Das Zweite, was wir auch noch anmerken möchten, ist, und das hat uns auch wahnsinnig gestört: Die Gemeinde hat ja die Möglichkeit, gegen unsere Einsprache Stellung zu nehmen. Der allererste Punkt bei den Ausführungen der Gemeinde ist, der allererste Punkt ist, und es war so, dass man wollte, dass Verfahrenskosten auf uns abgewälzt werden. Bevor man sich schon nur mit dem Inhalt auseinandersetzt, hat er als Erstes gleich gesagt, die sollen die Verfahrenskosten tragen. Der Regierungsrat hat danach gesagt, es werden keine Verfahrenskosten auferlegt, er ist nicht einmal darauf eingegangen. Wir halten es schon für speziell, wenn das der erste Punkt sein soll, den man in einer Beschwerde moniert, dass der Beschwerdeführer die Verfahrenskosten tragen soll. Dann frage ich mich, was soll das für ein Zeichen sein nach aussen, an die Bevölkerung oder an Leute, die nicht im Einwohnerrat sitzen und sich nicht so oft damit befassen. Was macht das für ein Bild? Es sieht schon so ein wenig aus, als würde man Druck aufsetzen wollen. Vor allem, wenn man sich dann auch noch wirklich damit befasst und gemerkt hätte, dass es ja gar nicht möglich ist. Das Gesetz über die politischen Rechte in § 86 Abs. 3 sagt klar «Beschwerden gemäss § 83 Abs. 1», das ist nämlich die Wahlrechts-, Stimmrechtsbeschwerde und der

Vorbehalt von § 20 Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, welches darauf greift, wenn es wirklich unlauter oder anders ist, vom 13. Juni 1988, sind kostenlos. Sind kostenlos. Es steht bei uns im Gesetz über die politischen Rechte, es ist kostenlos. Und die Gemeinde Allschwil wollte uns zwei als erster Schritt die Kosten abwälzen. Da müssen wir einfach sagen: Urs und ich haben dies alles nebenher gemacht, nebst unserem Beruf als Nichtjurist, alles komplett selbstständig. Demgegenüber ein ganzer Verwaltungsapparat, der sich damit hauptberuflich auseinandersetzt. Und wir zwei finden es einfach nicht gut, wenn man zum Schluss geht und erst einmal versucht, hinzustehen, und damit auch so ein wenig nach aussen zu signalisieren, es soll ja keiner auf die Idee kommen. Und zweitens, wenn man danach so tut, als wäre alles super lässig gewesen und es sei eigentlich nur das Protokoll.

Wir haben immer versucht, anständig zu halten, auch im Sinn auf die Zukunft gerichtet, damit es eben genau nicht mehr passiert. Wir fänden es einfach korrekt, wenn man doch jetzt genau das aufnehmen und versuchen würde, es umzusetzen, und nicht einfach so zu tun, als wäre alles in Ordnung gewesen. Uns geht es nicht darum, dass wir fanden, wir wollen jetzt wahnsinnige Geschütze ausfahren oder irgendwas, aber wir gingen beide davon aus, dass nachdem was war und nach dem Aufwand, den wir mit den tatsächlichen Feststellungen hatten, dass man nicht einfach einmal Schnippen kann und alles ist gut und vorgeben, als ob es etwas völlig Nichtiges wäre. Uns zwei ist es wichtig, um in die Zukunft gerichtet zu schauen, eben weil wir genau wieder eine solche Abstimmung haben, und dass wir in Zukunft nicht mehr dorthin kommen. Dies ist uns ein Anliegen. Wir würden es begrüßen, wenn es auf partnerschaftlicher Ebene wäre. Wir stehen auch gerne bereit, wenn es Nachfragen gibt, was bis heute auch nicht geschehen ist, Auskunft zu geben. Wir denken, dies wäre zielführender und danken für das Verständnis und auch für die Kenntnisnahme.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Florian Spiegel. Sie möchten zu diesem Thema nun keine Diskussion starten. Obwohl, falls jemand vom Gemeinderat das Bedürfnis hat, sich zu äussern, würde ich ihm das Wort erteilen. Dann gebe Gemeindepräsident Franz Vogt das Wort.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Lieber Florian. Ich kann dich beruhigen, den Teil mit der Frage werden wir anpassen. Ansonsten ist alles gesagt, brauche ich mich nicht dazu zu äussern. Danke schön.

**Stephan Wolf**, Präsident: Gut, Danke vielmals. Ich möchte noch zu Handen des Protokolls festhalten, dass sich Henry Vogt für die heutige Sitzung bei mir nachträglich auch noch entschuldigt hat. Prima. Da dies nun auch geklärt ist, fahren wir mit der Traktandenliste weiter und kommen nun zum Traktandum Nr. 6, welches ehemals die Nummer 7 hatte.

01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 6**

Motion von Christian Jucker, GLP, vom 7.10.2024, betreffend  
Transparenz im Stellenplan v2.0: Einbezug privatrechtlicher Anstellungen  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4757

---

**Stephan Wolf**, Präsident: Die Rednerreihenfolge würde gemäss § 75 wie folgt aussehen: Dass zuerst die antragstellende Person, das wäre Christian Jucker, das Wort erhält, anschliessend der Gemeindepräsident, bevor dann die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und der Gesamteinwohnerrat zum Zug kommen. In diesem Sinn möchte ich das Wort gerne an Christian Jucker erteilen.

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Ich möchte ganz kurz ausholen, was eigentlich der Auslöser dieser Motion war. Im Budget 2023 hatten wir einen Punkt *Dienstleistungen Dritter*, bei dem im Zusammenhang mit der Leitbildmassnahme Wiedereröffnung Heimatmuseum Ausgaben für ein externes Mandat bewilligt wurden. Plötzlich wurde dann aber diese Ausgabe zu einer privatrechtlichen Anstellung und man hat die Person, die jetzt in diesem Heimatmuseum es organisiert, entsprechend angestellt, und es war kein externes Mandat mehr. Dies hat bei mir eigentlich den ganzen Prozess ausgelöst, mal zu überlegen, wie es eigentlich ist, mit öffentlich-rechtlich Angestellten und den privatrechtlich Angestellten. In der Fragestunde im Januar des vergangenen Jahres haben wir gehört, dass wir gegen 140 Personen, damals waren es 144 Personen, in diesem Anstellungsverhältnis haben. Und wir haben nicht nur Reinigungspersonal. Eben wie der Anstoss der Motion auch war, wir haben auch Leute mit ganz anderen Qualifikationen, die z. B. eine Heimatmuseums-Eröffnung planen. Deshalb ist es für mich nicht mehr einfach

nur «unter-ferner-liefen» oder es ist eine Art Outsourcing von Reinigungstätigkeiten, sondern es wird immer mehr zu einem wichtigen Teil der Gemeindeverwaltung. Es sind doch immerhin über 140 Leute, die für die Gemeinde Allschwil arbeiten.

Deshalb möchte ich mit dieser Motion, dass wir analog zur Pflicht, die wir bereits jetzt haben, die mit der ursprünglichen Version I dieser Motion zur Offenlegung der öffentlich-rechtlichen Stellen und des öffentlich-rechtlichen Stellenplans im Budget, dieselbe auch für die privatrechtlichen Anstellungen haben. Es ist für uns und aus Sicht der FIREKO aber auch sonst wichtig, dort die Entwicklung abzuschätzen. Also verschiebt sich etwas in diesem Bereich? Ändert sich dort etwas massiv? Haben wir mehr Teilzeit, haben wir mehr Vollzeit? Haben wir befristete oder unbefristete Stellen? Dies scheint uns bedeutungsvoll zu sein und dies möchten wir nicht nur im Bericht der FIREKO sehen, und dass es auch sauber budgetiert wird. So können wir auch sicherstellen, dass aus budgetierten Kosten nicht plötzlich Stellen werden, die wahrscheinlich über lange Frist wieder zu einer öffentlich-rechtlichen Anstellung werden.

Grundsätzlich sehe ich, ich komme vielleicht schon auf den Ablehnungstext des Gemeinderats zu sprechen, ich sehe kein Problem, es zu quantifizieren. Normalerweise rechnet man in der Privatwirtschaft mit FT, also Fulltime-Äquivalenten. Wenn man sich überlegt, wie viel Reinigungspersonal man benötigt, dann weiss man ganz genau, wie viele Leute man wo braucht. D. h. es ist auf jeden Fall möglich, es mit FT zu quantifizieren. Denn man quantifiziert ja auch die Kosten, die man plant. D. h. ich sehe eigentlich keine technischen Gründe, weshalb man es nicht tun kann. Insofern, denke ich, macht es Sinn, dass wir es überweisen, damit der Gemeinderat nachher mit einer vernünftigen Variante für die Rapportierung kommen kann. Danke schön.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Ich gebe das Wort an Gemeindepräsident Franz Vogt.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ja, Sie haben die Begründung der Nichtentgegennahme gelesen. Die Anzahl von 144 Personen ist eine Stichtagsbetrachtung sämtlicher privatrechtlichen Verträge, unabhängig davon, ob die Mitarbeiter im Berichtsjahr einen Arbeitseinsatz hatten oder nicht. Es sind ca. 100 bis 110 Personen im Einsatz. Diese Personen sind sehr unterschiedlich, teilweise geringfügig angestellt. Solche Dinge, wie der Motionär erwähnte, sind sicher die Ausnahme. Es ist nicht die Idee, dass man es als das missbraucht. Ich kann nun jetzt hier auch nicht in Einzelheiten fundiert Auskunft geben. Aber es ist klar, wenn nun eine solche Stelle dann nachher – und ich meinte, die jetzige Stelleninhaberin ist auch öffentlich-rechtlich angestellt, kann ich aber jetzt nicht mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, es ist nicht ganz sicher, da sie befristet angestellt ist, wie ich meine – aber das sind auch solche Dinge, wenn befristete Anstellungen gemacht würden. Wie Sie gelesen haben, ist die grosse Mehrheit der privatrechtlichen Mitarbeiter, wie zuvor erwähnt, Reinigungspersonal aber auch Springer, Tageschule und auch Betreuungspersonen der Tagesfamilien, um nicht Tagesmütter zu sagen.

Sie werden für die Budgetierung rein monetär betrachtet, weil verlässliche Angaben zur Anzahl Personen und Anzahl Vollzeitstellen zum Zeitpunkt der Budgetierung halt nicht wirklich möglich sind. Deswegen ist eine Offenlegung, wie vom Motionär gewünscht, zum Zeitpunkt des Budgets nicht verlässlich möglich. Deshalb erachtet es der Gemeinderat als wenig zielführend und empfiehlt Ihnen, die Motion nicht entgegenzunehmen.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Dann kommen wir jetzt zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern und anschliessend zum Gesamteinwohnerrat. Ich möchte Mehmet Can, den 1. Vizepräsidenten, bitten, die Rednerliste zu führen.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Niggi Morat, Sie haben das Wort.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Als wir die Motion gelesen haben und dann den Bericht des Gemeinderats, was damit geschehen soll, waren wir eigentlich hin- und hergerissen. Wir können es vom Motionär absolut verstehen, dass er diese Angaben möchte. Wir können uns aber auch ausmalen, dass es im Budgetprozess nicht ganz einfach ist. Wir würden daher anregen, dass man es nicht zwingend im Budgetprozess, sondern auch einfach in Zukunft entweder im Geschäftsbericht oder in der Jahresrechnung erwähnt, wie die Zahlen aussahen, also mit allen Angaben, die man möchte, kumulierte Stellenprozente, Anstellungsverhältnis befristet / unbefristet usw., all dies einfach im Nachhinein angibt, sondern was man in jenem Jahr gebraucht hat. Da wären wir sehr dafür, ansonsten ... – wir sind in der Fraktion etwas geteilter Meinung. Ich selbst

würde es nicht überweisen, wenn es bei diesem Wortlaut „im Rahmen des Budgets“ bleibt. Besten Dank.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel!

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident. Ich kann es kurz machen. Sowohl die Motion *Transparenz im Stellenplan* als auch jene zu den *Lokalmedien* können wir als Fraktion absolut nachvollziehen. Wir finden sie schlüssig und umsetzbar. Wir würden beide Vorstösse geschlossen unterstützen.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Frau Corinne Probst!

**Corinne Probst**, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Mitte-Fraktion macht es auch relativ kurz. Wir sind ebenfalls dafür, dass die Motion betreffend Transparenz im Stellenplan überwiesen wird. Wir sehen, wie es Christian Jucker bereits ausführte, kein Problem darin, dass man es quantifizieren kann. Wir erachten es als wichtig, Transparenz zu schaffen. Wie gesagt, ja, wir sind für eine Überweisung. Merci.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend ist die Rednerliste ... – Entschuldigung, Herr Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Entschuldigung. Ich warte immer auf die göttliche Eingebung, dass die Fraktionssprecher fertig sind. Also, die Quantifizierung von Arbeitskräften, die wie die erwähnten Reinigungskräfte in einem Teilzeitpensum angestellt werden, ist alles andere als einfach. Jeder, der das Gegenteil behauptet, soll es mir bitte beweisen. Was oft gemacht wird, ist, man schreibt die Reinigung aus und geltet sie ab. D. h. aber nicht, dass man weiss, wie viele Leute effektiv daran arbeiten oder wie viel Zeit sie effektiv aufwenden, denn meistens geht es nicht nach Zeit, sondern nach Objekt. Das ist das eine. Das andere ist: Ich berufe mich nun nicht auf die FIREKO und Absprachen, die dort scheinbar hätten vorgenommen werden sollen, ich bin überzeugt, dass eine solche Übersicht sehr sinnvoll ist, aber nicht unbedingt im Budget wie aus zuvor erhobenem Grund. Die Quantifizierung macht an gewissen Stellen durchaus Sinn. Es ist vor allem für längerfristige Anstellungen, für kurzfristige Anstellungen macht es einfach keinen Sinn. Ich meine viel eher, man sollte die Übersicht über das, was effektiv gemacht wurde, haben, also das Erfassen der Leute, aber nicht unbedingt das Vorplanen. Danke schön.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Ich glaube, somit wäre ... – Entschuldigung, Herr Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Was ich jetzt auch sage, ich muss Mark und Niggi recht geben. Wenn es unbedingt sein muss, dann macht es bestimmt mehr Sinn, in einem Geschäftsbericht oder in einer -rechnung auszuweisen. Deshalb möchte ich beliebt machen, es als Postulat zu überweisen. Dann könnte man prüfen und berichten, wie man es am gescheitesten macht. Es geht uns sicher nicht darum, keine Transparenz herstellen zu wollen, doch im Budgetprozess ist es halt nicht in dieser Genauigkeit, sodass es dem Einwohnerrat wirklich etwas bringt, möglich.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Frau Corinne Probst!

**Corinne Probst**, Die Mitte-Fraktion: Nun habe ich eine Verständnisfrage. Dies kann mir Christian Jucker sicher erklären. Ich habe sogar die Brille aufgesetzt und die Motion noch einmal gelesen, nicht die Begründung, sondern die Motion. Wenn ich es richtig lese, steht da: „Der Gemeinderat soll dem Einwohnerrat jährlich einen Bericht über die Veränderungen des Stellenplans, aller Stellen ...“ usw. Es steht nirgends drin, dass man das im Rahmen des Budgets vornehmen muss. Sehe ich das falsch? Ist gefordert, dass man es im Rahmen des Budgets machen muss? Es soll einfach einen jährlichen Bericht geben. Also, Christian?

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Christian Jucker!

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, Danke, Corinne. Es ist natürlich vielleicht eine Ungenauigkeit im Text. Es steht nachher in der Begründung, dass es sinnvoll wäre, es im Rahmen des Budgets zu machen. Ich bin, glaube ich, offen in der Auslegung. Wichtig ist ja der Text oben oder der Motionstext. Ihr müsst mich nicht darauf behaften, wenn in der Begründung „Budget“ steht. Grundsätzlich würde es für mich Sinn machen, es im Rahmen des Budgets zu berichten, weil wir dort die Möglichkeit haben einzuschreiten. Dort ist es, wo wir entscheiden, wie das Geld ausgegeben wird. In

der Rechnung ist es zu spät, da sind die Leute bereits eingestellt, da ist das Ganze geschehen. D. h. es wäre mir lieber im Rahmen des Budgets. Ich überlege mir nun noch schnell, ob ich es in ein Postulat umwandle.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel, Sie haben sich zuerst gemeldet, danach Mark Aellen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Ich wollte nur sagen, ich würde beliebt machen, dass man an der Motion festhält, denn der eigentliche Antragstext beinhaltet es ja nicht. Es steht darunter auch „*sinnvoll*“. Dies ist auch nicht sakrosankt. Ich glaube, mit dieser Lösung kommt der Gemeinderat dann mit der Beantwortung der Motion und zeigt auf, wie er es machen will. Wenn er nachhaltig darlegen kann, weshalb es nicht in diesem Rahmen ist, ist es sicher auch okay. Ich würde aber bei einer Mehrheit im Rat davon abraten, auf ein Postulat zu wechseln.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Mark Aellen, Sie haben das Wort.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich gehe in eine ähnliche Richtung. Wie erwähnt, mein Votum spricht sich dafür aus, dass wir diesen Bericht haben. Die Motion selbst ist okay. Die Ausführung, dass es im Budget sein soll, damit man die Zahlen genehmigen kann, ist widerwitzig. Es spielt keine Rolle, wie viele Leute den Betrag X erhalten, sondern es spielt eine Rolle, was der Betrag X ist. Also hört auf, es miteinander zu verbinden. Es ist nicht dasselbe, sorry. Danke schön.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Nico Jonasch, haben Sie sich ... – Entschuldigung, Herr Urs Poživil!

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich finde, es ist nun schon noch ein wichtiger Punkt, wie es der Gemeinderat genau verstanden hat, denn in der Nichtentgegennahme steht explizit noch einmal das Budget. Es steht da: „*Eine Offenlegung wie vom Motionär gewünscht ist zum Zeitpunkt des Budgets nicht in verlässlicher Form möglich.*“ Denn, ich habe zuvor herausgehört, wenn es ein Postulat wäre, einfach prüfen und berichten, einen allgemeinen Bericht schreiben, wäre der Gemeinderat durchaus gewillt, es entgegenzunehmen. Ich glaube, man müsste schon noch klären, wie genau ihr es aufgefasst habt. Wenn ich eure Begründung für Nichtentgegennahme lese, ist ein direkter Bezug zum Budget vorhanden, was Christian aber eigentlich gar nicht unbedingt will, denn es steht nicht in der Motion drin. Ich glaube, es wäre wichtig, es noch klarzustellen.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Matthias Häuptli, Sie haben sich noch gemeldet.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir sehen in dieser Diskussion, dass es um dieses Thema überhaupt viele Unsicherheiten und viele offene Fragen zum Umgang mit diesen privatrechtlichen Arbeitsverhältnissen gibt. Ich glaube, es ist ein Thema, das man wahrscheinlich auf der Ebene des Personal- und Besoldungsreglements behandeln wird. Dies ist jetzt nämlich nicht der Fall. Deshalb halte ich auch dafür, dass es richtig ist, es als Motion zu überweisen. Im Personal- und Besoldungsreglement haben wir drin, dass dieses Reglement „*für alle Arbeitsverhältnisse der Gemeinde gilt*“, so weit nicht kantonales Recht zur Anwendung kommt, dies betrifft die Lehrpersonen. Unter *Begriff* heisst es dann aber: „*Mitarbeitende im Sinne dieses Reglements sind alle Personen, die von der Gemeinde mit einem Voll- oder Teilpensum öffentlich-rechtlich beschäftigt sind.*“ Die privatrechtlich Beschäftigten gibt es gar nicht. Eigentlich beansprucht das Reglement alles zu regeln, inklusive Stellenplan. Irgendwo aber fallen die privatrechtlich Beschäftigten zwischen Stuhl und Bank.

Es kann nicht sein, dass man Bestimmungen des Personal- und Besoldungsreglements umgeht, indem man Leute einfach privatrechtlich anstellt. Es ist schon aus Prinzip irgendwie fragwürdig. Das Institut der privatrechtlich Beschäftigten stammt eigentlich aus den Zeiten, als man „Beamte“ mit Beamtenstatus hatte, die auf feste Amtsdauer gewählt wurden etc. Das haben wir längstens nicht mehr. Dass man diese Unterscheidung noch macht und sogar Leute anstellt, die eigentliche Verwaltungsfunktionen haben und trotzdem privatrechtlich angestellt sind, ist – sagen wir mal – eine sonderbare Situation. Damit müsste sich der Gemeinderat befassen. Ich glaube, dafür wäre dann die Gelegenheit, wenn es als Motion überwiesen wird, damit man sich dazu grundlegende Gedanken macht und danach eine Anpassung vorschlägt. Danke schön.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Christian Jucker!

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Ich möchte mich schnell auf das Vorige beziehen. Ich möchte es nicht in ein Postulat umwandeln. Ich denke, der erste Text ist so formuliert – Danke, Corinne, fürs nochmalige, genaue Lesen – dass der Gemeinderat genügend Freiheiten hat, wie er berichten will. Ich möchte doch Matthias noch einmal danken, den Gesamtfang eigentlich ins Licht gerückt zu haben. Darauf kam man wirklich aus der Idee heraus, weil es bei *privatrechtlich* immer hiess, es betrifft nur das Reinigungspersonal. Wir sprechen aber jetzt eben über 140 Personen, und dies wird schon zu einem wichtigen Teil. Ich finde, wir müssten es beobachten können und entsprechend auch den Finger draufhalten, wie es abläuft. Es ist nicht mehr einfach nur *unter ferner liefen*. Es ist nicht einfach „es werden noch ein paar Leute speziell angestellt“, es ist eine beträchtliche Menge, alle hätten hier gar keinen Platz. Ich halte es für wichtig, dass man den Fokus auf die privatrechtlichen Anstellungen setzt. Danke schön.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Ich glaube ... – Herr Franz Vogt, Sie möchten noch einmal etwas?

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Ja, wie erwähnt. Im Budget ist der Betrag drin; er ist jedes Jahr drin. Dass man es dann im Geschäftsbericht oder wo auch immer rapportiert, dagegen gibt es nichts einzuwenden. Es geht sicher nicht darum, Stellen zu umgehen, den Stellenplan künstlich tief zu halten. Dies ist garantiert nicht der Fall. Es sind spezielle Dinge, die z. B. befristete Einstellungen sind, die dann im Privatrechtlichen halt etwas schwieriger sind. Ich bin aber nicht Personalmanager, ich kann keine genaue Auskunft geben. Denkt aber auch an die Springer bei den Tagesstrukturen und, wie erwähnt, die Tagesbetreuerinnen und -betreuer, die gehören natürlich auch dazu. Diese haben einfach halt so viele Stunden, wie sie leisten, und so viele Kinder, wie sie haben. Es kann sein, dass eine Person ein Kind hat oder sie kann drei Kinder haben, dies ist dann ein anderer Preis, weil es pro Kind berechnet wird. Es ist nicht so, dass man alles ganz einfach transparent in diesem Sinn darstellen kann, wie man jetzt meint, dass es möglich sei. Wir bemühen uns natürlich um maximale Transparenz. Da ist klar. Es wird wahrscheinlich etwas erwartet, was gar nicht unbedingt möglich ist. Aber wie erwähnt, im Budget ist es immer drin.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Entsprechend ist somit eigentlich die Rednerliste erschöpft.

**Stephan Wolf**, Präsident: Besten Dank, Mehmet Can. Damit würden wir zur **Abstimmung** übergehen. Wer die Motion von Christian Jucker, vom 7. Oktober 2024, betreffende **Transparenz im Stellenplan v2.0: Einbezug privatrechtlicher Anstellungen** an den Gemeinderat überweisen möchte, möge bitte jetzt die blaue oder gelbe Karte erheben. Danke vielmals. Wer sie nicht überweisen möchte, bitte die Karte jetzt erheben. Dies ist relativ schnell ausgezählt. Und noch Enthaltungen? Danke vielmals. Ich möchte die Stimmzähler bitten, mir das Ergebnis zu bringen. Das Abstimmungsergebnis liegt vor.

**://:**

Sie haben die **Motion** mit 35 Ja-Stimmen, bei keiner Nein-Stimme und 2 Enthaltungen **überwiesen**.

Wir kommen zum Traktandum Nr. 7, welches ursprünglich die Nr. 8 hatte.

01.030      Einwohnerrat

**Traktandum 7**

Motion von Christian Jucker, GLP, vom 1.11.2024, betreffend  
Für unabhängige und erfolgreiche Allschwiler Lokalmedien  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4760

---

**Stephan Wolf**, Präsident: Die Rednerreihenfolge würde gemäss § 75 wiederum wie folgt aussehen: Zuerst würde die antragstellende Person, also Christian Jucker, das Wort erhalten, anschliessend Gemeindepräsident Franz Vogt, bevor dann die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und die Einwohnerräte zum Zug kommen. In diesem Sinn möchte ich das Wort gerne an Christian Jucker erteilen.

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Auch bei dieser Motion war eine kleine Anfrage die Grundlage, die ich mal gestellt

---



habe. Sie basiert darauf, dass eigentlich jedes Jahr in der Rechnung der Gemeinde Allschwil drinsteht, dass eine Vertretung des Gemeinderats im Verwaltungsrat der LV Lokalzeitungen Verlags AG sitzt. Daraufhin habe ich eine kleine Anfrage gestellt und eine entsprechende Beantwortung erhalten. Ich hoffte damals, dass man mit dieser bereits eine Aktion vornimmt. Dies hat man nicht getan, sondern es wurde im Verwaltungsrat der Wechsel von Nicole Nüssli zu Franz Vogt durchgeführt und nicht irgendeine Aktion auf diese kleine Anfrage.

Vielleicht kurz zum Ausholen – oder wirklich kurz und vielleicht nicht ausholen, genau. Solche Vertretungen sind eigentlich nicht mehr zeitgemäss. Ich glaube, es steht sogar so in der Antwort des Gemeinderats, dass die Vertretung des Gemeindepräsidiums im Verwaltungsrat gewachsen ist. Es gibt dafür keinerlei vertragliche oder rechtliche oder sonstige Grundlagen. Es gibt keine Verpflichtung, weder von den LV Lokalzeitungen noch von der Gemeinde, dies zu tun. Nach meiner Meinung aber ist es Zeit, es entsprechend zu ändern. Es ist einfach nicht mehr zeitgemäss, dass man Interessenvertreter in Verwaltungsräten hat. Heutzutage hat man Verwaltungsräte aus Experten. Man stellt Leute ein, die das Geschäft kennen, die sich generell mit Unternehmensstrategien auskennen oder im Spezifischen, in diesem Fall, z. B. mit Medien oder Lokalmedien auskennen. Ich glaube, wir haben verschiedene Zeiten von Interessenvertreter in Verwaltungsräten erlebt, bei grossen Unternehmen z. B. sehr populär, sei es die gegroundete Swiss, oder seien es sonstige, gute Beispiele, bei denen diese Interessenvertretungen zu einem ziemlich desaströsen Ergebnis geführt haben. Deshalb macht es meiner Meinung nach keinen Sinn mehr.

Nur unabhängige und starke Lokalmedien sind überlebensfähig. Es ist wirklich essenziell, dass das Allschwiler Wochenblatt bestehen bleibt. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. Wir müssen herausfinden, wie man die Medien am besten fördern kann. Ich meine, dies geht nur, wenn sie glaubwürdig unabhängig sind. Das ist absolut zentral. Wenn man das Gefühl hat, dass etwas nicht unabhängig ist, wird das Medium geschwächt und wir haben noch mehr Leute, die andere Medien konsumieren und nicht mehr die Lokalmedien. Gleichzeitig befinden sich die Medien in einer extrem schwierigen Situation. Der Druck von Social Media, Online-Medien, globalen Problemen etc. ist gross. D. h. sie müssen ohnehin schauen, wie es in Zukunft weitergeht. Deshalb wäre es nach meiner Meinung dringend wichtig, genügend Fachpersonal im Verwaltungsrat zu haben, keine Interessenvertreter.

Ein weiterer Punkt, den ich aus eigener Erfahrung beileibe kenne: Ein Mitarbeiter in einem Unternehmen, der einen schönen Bericht erstellt, der dem Verwaltungsrat schlecht aufstösst, kommt meistens nicht gut. Ich habe dies bereits am Anfang in meiner Berufskarriere bei einer Grossbank gemacht, als ich einem Verwaltungsrat dargelegt habe, dass seine Chinaschilfexperimente nicht wirklich gescheit sind. Dies hat meine erste Arbeitsstelle dort nicht wirklich beschleunigt. Es gibt in meinem Leben vielleicht vorteilhaftere Erlebnisse. Deshalb ist eine Entflechtung sinnvoll. Die wichtigsten Medien in Allschwil müssen unabhängig bleiben. Sie müssen weiterhin auch erfolgreich sein. Es geht wirklich darum, sicherzustellen, dass das AWB unabhängig ist und Erfolg hat. Daher bitte ich Sie doch um Überweisung dieser Motion. Danke schön.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Ich gebe das Wort an den Gemeindepräsidenten, Franz Vogt.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Lieber Christian. Du hast es klar gesagt. Wichtig ist, dass das AWB überlebt, ganz genau. Dies ist auch dem Gemeinderat sehr wichtig. Es wäre somit das Dümme, politisch Einfluss nehmen zu wollen, wie die Berichterstattung aussieht. Wenn es in der Vergangenheit passiert wäre, dann wären die Verwaltungsratsvertreter rasch von der Familie Rüdüsühli ausgewechselt worden, die, wie Sie schon damals in der kleinen Anfrage lesen konnten, zu hundert Prozent Eigentümer dieser LV Medien ist, welche eine hundertprozentige Tochter der Reinhardt Verlags AG ist. Sie sind selbst verantwortlich, wen sie in den Verwaltungsrat wählen. Sie können tun und lassen, was sie wollen. Der grosse Vorteil ist, wenn sie die Gemeindepräsidenten, wie es hier der Fall ist, dabei sind – ich bin da ja nicht alleine drin, sondern es sind auch Gemeindepräsidenten der anderen Blätter dabei – haben sie einen direkten Draht zur Politik, und diese soll einen direkten Draht zur Bevölkerung haben. Wenn ich politisch Einfluss nehmen würde, wäre ich sicher am falschen Ort.

Ich behaupte, ich wäre auch falsch als Gemeindepräsident, wenn ich einfach nur eine politische Richtung vertreten würde. Als Gemeindepräsident ist es schon essenziell, dass man versucht, das Ganze zu sehen. Natürlich, es sind alle Menschen, und man kann sich nicht völlig verbiegen, man will sich auch nicht völlig verbieten. Aber so haben sie die Möglichkeit, ich sage mal, möglichst neutrale Sicht der Politik einbringen zu können. Das können sie eigentlich sonst nirgends, schon gar nicht von Verwaltungsmitarbeitern, sonst würden sie einfach jemanden hereinnehmen. Natürlich könnte man sie

auch mit Experten bestücken. Es gibt auch ein Beispiel, bei dem Experten nicht das Beste ist. Mit einer Grossbank ist es ganz sicher nicht zu vergleichen. Eine Grossbank funktioniert, sage ich jetzt mal, in der ganzen Schweiz gleich. Das können sie in Zürich, vielleicht sogar in London machen. Ich will mich jetzt nicht auf die Äste hinauslassen. Der grosse Vorteil der Reinhardt Verlag AG ist, es ist wirklich ihr Kerngeschäft, glauben Sie mir, das verstehen sie. Wir sind ja Verwaltungsräte der Tochtergesellschaft LV Medien. Die ist nur ein Teil des ganzen Reinhardt Verlags. Wenn Sie wollen, dass Allschwil adäquat vertreten ist und eben nicht einfach nur von Experten, die bestimmt viel von Journalismus verstehen, vielleicht sind sie gute Juristen, vielleicht verstehen sie viel vom Rechnungswesen oder was auch immer, dann aber, wie soll ich sagen, die Verbindung zu Allschwil und das Herz für Allschwil lässt sich nicht mit Experten einkaufen. Deshalb empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, die Motion nicht entgegenzunehmen.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Wir kämen nun zuerst zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern, nachher zum Gesamteinwohnerrat. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste entsprechend zu führen und dabei vielleicht eine klare Abgrenzung zwischen Fraktionssprecherinnen und -sprechern und Gesamteinwohnerrat zu machen. Bitte schön!

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine Wortmeldungen von Fraktionssprechern. Oder bin ich falsch? – Entschuldigung, Elena Elser!

**Elena Elser**, SP-Fraktion: Die Motion verlangt, dass der Gemeinderat dafür sorgt, dass keine Gemeinderäte mehr im Verwaltungsrat von Lokalmedien Einsitz nehmen. Bis anhin war automatisch immer das Gemeindepräsidium, z. B. Frau Nüssli und Herr Lauber, auch Verwaltungsrat beim Allschwiler Wochenblatt.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Danke schön. Keine Wortmeldungen? Herr Mark Aellen, Sie sind an der Reihe!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Danke schön. Ich bin erstaunt, dass sich die Fraktionen nicht äussern, ausser die SVP, die zuvor sagte, sie nimmt es an. Ich bin erstaunt, dass man das Ganze einführt und sagt, wir sind hier in einer Situation, die traditionsgeschwängert ist, und man solle damit aufhören, man müsse Experten in dieses Gremium bringen. Hätten wir nun in unserem Exekutivgremium einen Experten, würden wir ihm nicht erlauben, beizutreten, weil er im Exekutivgremium ist. Haben wir einen Experten innerhalb des Einwohnerrats, dann würden wir sagen, ja, das ist okay, er ist ja nicht exekutiv. Er ist aber genauso ein Interessenvertreter wie der Vertreter der Exekutive. Das Ziel und die Methode sind für mich nicht aufeinander abgestimmt. Insofern macht diese Motion für mich keinen Sinn. Wenn man das Ziel möchte, dass es nicht beeinflusst wird, sondern dass nur Experten hereinmüssen, muss man zur Reinhardt AG hin und sagen, ändert doch bitte euren Verwaltungsrat, damit nur noch Experten reinkommen. Denn, wie wir zuvor gehört haben, stellen sie die Leute in den Verwaltungsrat. Nicht wir. Sie fragen also in diesem spezifischen Fall an in der Gemeinde, bringt uns jemanden, der euch vertritt. Dann sollen wir sagen, ja nein, wir nehmen niemanden aus der Exekutive, vielleicht aus der Legislative, aus welchem Grund auch immer, die auch besser als die Exekutive sein soll. Das verstehe ich überhaupt nicht. Insofern kann ich eine solche Motion nicht unterstützen. Danke.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Niggi Morat!

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich bin mir weiterhin nicht sicher, wofür es eigentlich geht. Geht es um das Allschwiler Wochenblatt oder geht es um die Gemeindenachrichten? Diese ist ein Teil des Allschwiler Wochenblatts. Der Gemeinderat hat den Auftrag, die Bevölkerung über die wichtigsten Dinge, die anstehen, die neu beschlossen wurden, usw. zu informieren. Wenn wir diese Plattform im Allschwiler Wochenblatt nicht hätten, müssten wir wie früher das Amtsblatt wieder einführen, was wir wahrscheinlich selbst in Auftrag geben müssten, damit es irgendwo gedruckt wird. Es müsste ja auch dafür eine Redaktion geben. Wären diese dann in der Gemeinde angestellt oder würden wir diese Leistung einkaufen? Ich will damit sagen, der Gemeinderat kann ja gar kein Interesse daran haben, dass das Allschwiler Wochenblatt nicht wirklich erfolgreich ist, denn es gibt, glaube ich, keine bessere Möglichkeit, als es so, wie es jetzt ist, die Gemeindenachrichten in alle Haushalte zu bringen. Besten Dank.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Frau Noëmi Feitsma!

**Noëmi Feitsma**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wie bereits meine Vorrednerin und Vorredner erwähnt haben, müssen aus unserer Sicht Verwaltungsräte des AWB keine Medienfachleute sein, denn sie haben strategische Führung. Ich finde übrigens auch, dass ein Gemeinderat oder ein Gemeindepräsident, der 23'000 Einwohner leiten kann, eigentlich genügend Kompetenz mitbringen sollte, um auch die strategische Führung gewissenhaft übernehmen zu können. Ich finde es, wie auch Mark Aellen bereits erwähnte, schon fast etwas unbürgerlich von den Bürgerlichen hier, dass man nun dem AWB vorschreiben möchte, wer nicht im Verwaltungsrat sitzen darf. Meiner Meinung nach ist die Unabhängigkeit viel besser gegeben, als wenn eine reiche Person kommt und sich plötzlich einkaufen würde. Dazu könnten wir auch nichts sagen, es würde einfach passieren. Unser Gemeindepräsident ist vom Volk gewählt und vertritt den Volkswillen.

Mir ist übrigens auch kein Beispiel bekannt, bei dem in der Vergangenheit durch den Gemeindepräsidenten, der im Verwaltungsrat des AWB sitzt, politischer Einfluss genommen wurde. In der letzten Legislatur gab es diese grosse Schlammschlacht gegen Silvia Stucki, initiiert u. a. von der Gemeindepräsidentin, die im Verwaltungsrat des AWB sass. Dazu muss ich einfach sagen, die BaZ und die bz haben sich abgehoben und haben subjektiv über diesen Konflikt berichtet. Hingegen hat sich das AWB professionell verhalten und als einziges Medium sachlich und objektiv darüber berichtet, obwohl die Initiatorin damals im Verwaltungsrat des AWB sass. Damit geht von mir ein grosses Lob ans AWB. Aus unserer Sicht hat es sich damit seine Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit mehr als fünffach bewiesen. Wir finden, was gut ist, muss man belassen, wie es ist, damit es weiterhin gut bleibt. Deshalb finden wir, dass man die Motion nicht überweisen sollte. Denn das Wichtigste für uns ist, dass das AWB überlebt.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Matthias Häuptli, Sie haben sich gemeldet.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Mit der Einflussnahme ist es so ein wenig eine Sache. Es ist manchmal weniger wichtig, ob tatsächlich jemand Einfluss nimmt, als ob man Einfluss nehmen könnte, und ob der Eindruck gegen aussen entsteht, dass jemand Einfluss nehmen könnte. So wie es beispielsweise bei einem Gericht darum geht, ob es wirklich befangen ist, sondern ob der Anschein entsteht. Das ist nun mal auch der Presse so. Jetzt kann man sich natürlich formalistisch auf den Standpunkt stellen, dass der Verwaltungsrat des AWB selbstverständlich durch die Eigentümer dieser Aktiengesellschaft gestellt wird und sie frei sein sollen, wen sie wählen. Selbstverständlich sind sie das. Man muss die Sache aber von einer anderen Seite betrachten.

Das AWB ist jenes Organ, in welchem Lokalpolitik medial stattfindet. Es ist zentral für die politischen Diskussionen, die wir in dieser Gemeinde für die Auseinandersetzungen, für die Abstimmungskämpfe etc. führen. Es ist aber auch klar, wenn wir nicht wissen, wie genau die Zahlen des Verlags aussehen, das Geschäftsmodell von solchen Lokalmedien beruht natürlich schon zu einem guten Teil darauf, dass sie die Funktion eines amtlichen Publikationsorgans haben, die entsprechend entschädigt wird, und damit eine Grossauflage verbreitet werden kann, sodass alle Haushalte es erhalten. Mit diesem Auftrag, den die Gemeinde vergibt, bestimmt sie natürlich auch, ob und wer hier ein solches Lokalmedium in dieser Form betreiben kann. Kann es denn im Sinn von unabhängigen Medien sein, dass die Gemeinde diesen Auftrag einem Verlag vergibt, in dessen Verwaltungsrat ein Gemeindepräsident, und damit ein Vertreter einer politischen Partei sitzt? Das kann es doch eigentlich nicht sein. Danke schön.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Urs Poživil!

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich glaube, wichtig an dieser Stelle ist, die Bürgerlichen haben ja noch gar keine Stellungnahme abgegeben, also kann man nicht sagen, okay, sie wollen einfach alles verbieten. Die FDP, es wurde bereits erwähnt, kann dem Gemeinderat folgen, also Nichtentgegennahme, weil wir einerseits sagen, es wird schlussendlich von der Inhaberschaft bestimmt, wer in den Verwaltungsrat kommt, wen sie im Verwaltungsrat haben wollen. Es ist nicht so, dass einfach der Gemeinderat sagt, ja, wir sind nun da drin. Was man aber mal kritisch hinterfragen sollte, ist, ob vielleicht nicht einmal ein Gemeinderat sagt, okay, es braucht uns in diesem Verwaltungsrat eigentlich gar nicht. Vielleicht haben sie aber andere Absichten, dass sie dies tun. Was für uns und mich nun aber in der ganzen Beantwortung des Gemeinderats ein wenig fehlt, ist, wie sieht der Verwaltungsrat denn überhaupt aus. Ich habe es nun auf die Schnelle nicht gefunden, während ich jetzt gesucht habe, habe ich es nicht herausgefunden. Ich glaube, es sind ja nicht nur die vier Gemeinderatspräsidenten dieser Gemeinden drin. Ich habe das hoffentlich schon richtig verstanden. Vielleicht weisst du es ja, Franz, vielleicht weisst du es nicht. Jedenfalls haben wir

eigentlich nicht das Gefühl, dass es irgendwie bedenklich sei, wenn der Gemeinderat drin ist. Wir denken aber, eben, es ist nicht eine zwingende Notwendigkeit, es ist kein ex officio Amt. Insofern, ja, können wir eigentlich dem Gemeinderat mit Nichtentgegennahme dieser Motion folgen.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel, Sie haben sich gemeldet.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende. Nachdem ich die Hälfte meines Lebens mittlerweile mit Politik verbracht habe, kann ich sagen, es kommt bei den Medien unter dem Strich wirklich nicht darauf an, aus welchem Medienhaus sie kommen, sondern mit welchem Journalisten und Schreiberling sie es zu tun haben. Und so wünschen sie sich, dass mal eine Zeitung sehr wohlwollend schreibt, mal sehr kritisch, mal unterstützend und mal vernichtend. Es hat sehr wenig mit dem Medienhaus zu tun und wer dahintersteht. Ich kann das nach mindestens 18 Jahren aus meiner subjektiven Wahrnehmung so darlegen. Aber das Wort *unbürgerlich / bürgerlich* hat mir gefallen, aber es ist schlussendlich nur die Konsequenz, immerhin, sagen wir mal, aus Sicht der SVP. Wir unterstützen seit Jahren und fordern seit Jahren die Entflechtung der Gemeinderäte aus allen Gremien, so muss der Kanton die Entflechtung des Regierungsrates, wenn möglich, aus allen Gremien bevorzugen und forcieren. Auch dies gehört in dieses Kapitel. Der Gemeinderat hat aus unserer Sicht im Verwaltungsrat nicht zu suchen. Er kann für diese Aufgabe Leute delegieren, ihn selbst braucht es dort drin nicht. Gerade eben in der heutigen Zeit und in zukunftsgerichteter Organisation gehört es absolut dazu. Deshalb ist es für uns konsequent, dass wir diesen Weg, den wir seit Jahren fordern und ihn als richtig erachten, nun auch weitergehen. Demzufolge unterstützen wir diesen Antrag.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Frau Corinne Probst!

**Corinne Probst**, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte es relativ kurz machen. Die Mitte erachtet sich eigentlich als bürgerliche Partei und trotzdem für eine Nichtentgegennahme dieser Motion. Wir sind grundsätzlich auch für Entflechtungen. Das, was Matthias Häuptli bezüglich Aussenwirkung erwähnte, hat sicher eine gewisse Richtigkeit und kann auch unsererseits unterstützt werden. Nur, in diesem Fall, denken wir, ist es nun einfach der Wunsch des Reinhardt Verlags oder dieser Familie Rüdisühli, oder diese setzt den Verwaltungsrat zusammen. Sie hat vielleicht auch konkrete Wünsche, weshalb sie diese vier Gemeinden im Verwaltungsrat vertreten haben will. Die Gründe kennen wir nicht. Wir erachten es nun nicht als problematisch, dass nun der Gemeinderat in dieser LV Lokalzeitungen Verlags AG im Verwaltungsrat Einsitz hat, auch nicht eine Beeinflussung der Medien. Wir sind hierbei ganz bei dem, was Urs Poživil erwähnte. Insofern sind wir auch für Nichtentgegennahme. Merci.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Christian Jucker!

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Ich möchte schon noch einmal auf den Schwerpunkt dieser Motion kommen. Ursprung dieses Problems ist eigentlich, dass in dieser PCG-Strategie der Gemeinde steht, dass die Beteiligung möglich wäre. Da wir aber als Einwohnerrat nicht direkt in diese Strategie eingreifen können, haben wir einen anderen Weg gewählt, über diese Motion. Wenn sich der Gemeinderat selbstständig dazu entschieden hätte, in der PCG-Strategie dies entsprechend zu schreiben, dass man es nicht macht, dass man die Entflechtung wirklich durch alle Verwaltungsräte hindurchzieht, dann müsste man auch diese Motion nicht machen. Ich möchte Florian noch einmal Danke sagen, denn dies ist eigentlich genau der Input. Die Entflechtungen müssen wir fertig machen, wir müssen es bis ans Ende durchziehen. Denn, ob nun eine Firma sagt, ich hätte gerne ein Gemeindepräsidium bei mir drin, ist nicht relevant, sondern es geht darum, ob es statthaft ist und Sinn macht, dass diese Vertretungen noch in einem Verwaltungsrat sind oder nicht. Dann müsste sich der Gemeinderat entweder entsprechend selbst über die PCG-Strategie regeln oder, in diesem Fall, denke ich, macht es Sinn, dass wir den Finger draufhalten und sagen, nein, wir möchten, dass es fertig gemacht wird und entsprechend entflechtet, wie wir es schon seit Jahren möchten.

Noch ganz kurz, Niggi Morat, wegen der Gemeindenachrichten – dies hat eigentlich gar nichts mit dieser Motion zu tun. Es zweifelt niemand an, dass die Gemeinde Allschwil diese Nachrichten nach wie vor im AWB publiziert. Es ist völlig egal, wer im Verwaltungsrat sitzt. Wie Matthias bereits erwähnte, ist es ein wichtiger Teil dieses Lokalzeitungsuniversums. Ohne diesen wird es ohnehin nicht gehen. Es hat nun gar nichts mit der Vertretung im Verwaltungsrat zu tun. Es lässt sich auf jeden Fall weiterziehen. Danke schön.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Franz Vogt, Sie haben das Wort! – Entschuldigung, Herr Matthias Häuptli, Sie dürfen zuerst, anschliessend Franz Vogt.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte noch etwas nachschieben, weil es so dargestellt wurde, als ob man sich nun dem Wunsch der Besitzerfamilie des Verlags widersetzen würde, die Gemeindepräsidenten alle in den Verwaltungsrat hereinzunehmen. Wir wissen ja nicht, ob es tatsächlich so ist. Es ist offensichtlich eine historisch gewachsene Geschichte. Natürlich ist es auch so, als Verlag und Kunde – oder also, nein, eigentlich Beauftragte dieser Gemeinden, die Kunden sind, ist es noch schwierig, überhaupt eine solche Interessenvertretung wieder loszuwerden, selbst wenn man sie nicht mehr so toll findet. Diese Verflechtung ist einfach ungut. Stellen Sie sich doch die Situation des Verlegers vor, der findet, ich möchte es entflechten, und dann den beteiligten Gemeinden sagen müsste, dass man ihre Politiker eigentlich nicht mehr drin haben möchte. Das geht einfach nicht. Es ist eine solche Verquickung von Interessen, und eine Hand wäscht die andere, mindestens in den Augen der Öffentlichkeit. Das muss man doch endlich mal beenden. Das geht nicht. Ich verstehe auch nicht, weshalb auf der linken Seite des Rats so viel Verständnis dafür herrscht. Es kann auch nicht sein, dass man nun Noten verteilt, nur wie sich ein Medium in gewissen Kontroversen verhalten hatte, das ist überhaupt nicht das Thema, sondern es geht um eine grundsätzliche Entflechtung von Medienarbeit und Politik, die notwendig wäre. Danke schön.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich nehme an, man zählt mich auch zu Links? Deshalb melde ich mich auf das hin noch einmal. Ich bin nicht gegen die Entflechtung. Aber ich bin gegen eine Entflechtung, die nur partiell ist. Noch einmal: Der Gemeinderat ist nicht die einzige, politisch aktive Sache. Wir haben zuvor von dir selbst gehört, Matthias, dass ein Gemeindepräsident auch eine Partei vertritt. Jeder des Einwohnerrats, der dort reinkommt, vertritt logischerweise dann auch seine Partei. Somit haben wir wieder dieselbe Interessenvertretung, wenn jemand aus dem Einwohnerrat in den Verwaltungsrat gewählt werden würde. Wenn man beginnt, es zu verbieten, dann sollte man es allen verbieten und nicht nur der Exekutiven.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Es sind nun viele Voten gefallen. Als Erstes gebe ich mal Urs Poživil Antwort. In diesem Verwaltungsrat sind Herr Rüdüsühli sen. und Herr Rüdüsühli jun., Christoph Hiltmann, Gemeindepräsident von Birsfelden, Stephan Burgunder, Gemeindepräsident von Pratteln, und Franziska Stadelmann, Gemeindepräsidentin von Muttenz. Es ist der Wunsch der Familie, wie wir es auch schon erwähnt haben. Und noch einmal: Ich bin nicht ex officio drin, und wir haben keine Beteiligung. Selbstverständlich aber sollte es transparenzhalber in der Rechnung aufgeführt werden, wenn der Gemeindepräsident irgendwo drin ist.

Ich will es jetzt nicht gehört haben, von wegen: *Eine Hand wäscht die andere*. Anscheinend wird es noch an manchem Ort erweckt, ja, es wird, Entschuldigung, etwas weit hergeholt, muss ich dazu sagen. Natürlich verantworten wir die Gemeindenachrichten. Das ist ein wichtiger Teil. Verantwortet aber effektiv die Gemeinde zu hundert Prozent. Ihr aber schlägt das AWB nicht alle zwei Wochen auf, wer es nicht abonniert hat. Sehr viele haben es auch abonniert. Ich höre es immer wieder, ich werde immer wieder darauf angesprochen, wenn ich, in letzter Zeit halt noch öfter, drin bin. Man weiss, was im AWB steht. Dies nicht wegen der Gemeindenachrichten, sondern wegen des unabhängigen Journalismus, der unabhängigen Berichterstattung, wobei wir das grosse Glück haben, dass wir im Moment eine sehr engagierte Journalistin haben, die es doch schon seit Jahren macht. Auch ihre Vorgängerinnen haben es sehr professionell gemacht. Ich möchte aber doch noch daran erinnern, es war nicht immer so, wie soll ich sagen? Diese Geschichte war nicht immer so stringent. Es hat oft auch mal gewechselt. Es war – ich weiss gar nicht mehr, von wo es kommt – einmal ursprünglich eigenständig. Dann, meine ich, war es – also ich muss nun aufpassen, dass ich nichts Falsches erzähle – hat es mal zum Cratander gehört, sicher zur BaZ und danach hat es die Familie Rüdüsühli mit ihrem Reinhardt Verlag übernommen. Wir können wirklich froh sein, dass sie dieses Engagement hat, denn es gibt auch andere Beispiele von Gemeindenachrichten, die ein schwieriger Fall sind, bei denen man Schwierigkeiten hat, wirklich auch eine adäquate Berichterstattung zu erhalten.

Die Gemeinde Allschwil hat einen Vertrag mit den LV Medien, damit die Grossauflage alle zwei Wochen hierhin kommt. Übrigens kommen die anderen zwei Zeitungen, Birsfelden und Muttenzer und Pratteler - also Muttenz und Pratteln ist eine Zeitung – nur jeden Monat gratis. Damit haben wir also auch einen grossen Vorteil. Wie ich zuvor erwähnte, das Wichtige, was ich dort im Verwaltungsrat

einbringen kann, ist, den Puls von Allschwil hinüberzubringen. Dies betrachte ich als meine Aufgabe. Schliesslich bin ich auch von einer Mehrheit gewählt. Also ganz so in einem Eck werde ich nicht sein können. Ich gebe mir bestimmt grösste Mühe, damit man unabhängig ist. Wie zuvor erwähnt, ist das Expertengremium in einer Bank sicher das Richtige. Ob es nun hier das Richtige ist, müssen Sie am Schluss selbst entscheiden. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, die Motion nicht entgegenzunehmen.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel, Sie haben das Wort.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Es ist mir nun wirklich spontan noch eine Frage dazu eingefallen. Falls ich es überlesen habe, wenn es in der Antwort des Gemeinderats drinsteht, entschuldige ich mich. Ich habe einfach noch schnell eine Frage betreffend Entlohnung des Honorars. Wird der Einsitz in den Verwaltungsrat durch die Gruppe, also durch das Medienhaus, bezahlt für die Zeit, in welcher der Gemeinderat dort ist? Wenn ja, gibt der zuständige Gemeinderat es dann auch an den Staatshaushalt wieder zurück? Oder erhält er vom Medienhaus keine Vergütung, sondern erhält in dieser Zeit von der Gemeinde Allschwil eine Vergütung, sprich arbeitet also fürs Medienhaus auf Kosten der Gemeinde Allschwil?

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Herr Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Also, die zweite Frage kann ich klar verneinen. Die erste Frage weiss ich ehrlich gar nicht sicher, ob ich etwas erhalte. Ich weiss auch nicht, wie viel ich erhalte. Aber selbstverständlich – also ich bin ja erst seit ... ich war quasi im November zum ersten Mal an einer Sitzung ... Ich wüsste es nicht einmal, muss ich ehrlich sagen. Selbstverständlich könnte ich es auch abgeben oder würde ich es auch abgeben. Das kann ich euch versprechen. Wenn es darum ginge, dann nein, wäre ich auch nicht am richtigen Ort.

**Mehmet Can**, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend ist die Rednerliste erschöpft.

**Stephan Wolf**, Präsident: Danke vielmals, Mehmet Can, für das Führen der Rednerliste. Sogleich würden wir auch zur **Abstimmung** übergehen. Wer die **Motion von Christian Jucker**, der Grünliberalen Partei, vom 1. November 2024, betreffend **für unabhängige und erfolgreiche Allschwiler Lokalmedien** an den Gemeinderat überweisen möchte, der möge bitte jetzt die blaue oder gelbe Karte erheben. Wer die Motion nicht überweisen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Bitte noch die Enthaltungen! Danke vielmals. Dann möchte ich die Stimmzähler bitten, das Abstimmungsergebnis zu mir zu bringen. Danke vielmals. Das Abstimmungsergebnis liegt jetzt vor.

**://:**

Sie haben diese **Motion** mit 14 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung **nicht überwiesen**.

**Stephan Wolf**, Präsident: Damit sind wir am Ende der Traktandenliste. Weitere Traktanden habe ich, nach wie vor, keine. Damit kann ich die heutige Einwohnerratssitzung schliessen. Ich danke euch vielmals, dass ihr gekommen seid, aber auch fürs Mitmachen. Wir würden die nächste Sitzung planmässig am 19. März abhalten. Ich freue mich schon darauf. Ich wünsche euch, wie gesagt, noch einen schönen Abend und besten Dank.

ENDE DER SITZUNG 20.55 Uhr